

Warten auf Gerechtigkeit

Ein Jahrzehnt nach dem Massaker
von Marikana



Impressum

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 652110
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor:innen Asanda-Jonas Benya,
Crispen Chinguno, Maren Leifker
(Kapitel zu BASF)

Redaktion Uta Hergenröther,
Isabelle Uhe, Michael Billanitsch

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Übersetzung Orbis Fachüber-
setzungen, Uta Hergenröther,
Isabelle Uhe

Fotos Asanda-Jonas Benya (Titel, 16,
18, 21, 25, 26, 27, 30, 31, 32, 34), Karin
Schernbrucker (5, 10, 12, 14, 20),
Cedric Nunn (8), Isabell Uhe (23)

Layout János Theil

Druck

Art.-Nr. 129 503 240

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

Berlin, November 2022

Inhalt

In Gedenken an	4	Fazit	36
Vorwort	5	Abkürzungen	39
Zusammenfassung	7	Literaturverzeichnis	40
Einleitung	10	Danksagung	43
1.1 Geschichte des Platingürtels und der Arbeitsmigration	10		
1.2 Zur Methodik	11		
Das Massaker von Marikana und die Streikwellen	12		
2.1 Ein Wendepunkt für wen?	13		
2.2 Die Farlam-Kommission	13		
Der Übergang von Lonmin zu Sibanye Stillwater	16		
3.1 Reorganisation, Umstrukturierung und Einsparungen	16		
3.2 „Arbeit ist nicht mehr das, was sie einmal war“	17		
Arbeitsbedingungen	18		
4.1 Entlohnung und Arbeitsbedingungen	19		
4.2 Ein ungerechter „fairer“ Lohn	20		
4.3 Neue Standards für die Verwaltung der Arbeitszeiten	20		
4.4 Ein Blick hinter die Kulissen: Gesundheit und Sicherheit	21		
4.5 Rückgang der Solidarität unter den Arbeitenden	24		
Die Gemeinde und die Lebensbedingungen vor Ort	25		
5.1 Nkanini: Die informelle Siedlung von Wonderkop	25		
5.2 Sozial- und Arbeitspläne (SLP)	25		
5.3 Nkanini wird weiterhin vernachlässigt	28		
5.4 Entfremdung, Gewalt, Kriminalität und Selbstmord	29		
Auswirkungen auf die Umwelt	30		
Solidarität zwischen Gemeinden und Arbeiter:innen	32		
Erinnern, erneuern – ausradieren	33		
Forderungen an Sibanye-Stillwater	35		
Forderungen an den südafrikanischen Staat	35		
Forderungen an BASF	35		

In Gedenken an

Getötet am Sonntag, 12. August 2012

1. Hassan Fundi
2. Frans Mabelane
3. Thapelo Eric Mabebe

Getötet am Montag, 13. August 2012

4. Julius Langa
5. Stabsfeldwebel Hendrick Tsietsi Monene
6. Stabsfeldwebel Sello Ronnie Lepaaku
7. Tembelahe Mati
8. Semi Jakanisi
9. Phumzile Sokanyile

Getötet am Dienstag, 14. August 2012

10. Isaiah Twala

Getötet am Donnerstag, 16. August 2012

11. Michael Mgweyi
12. Patrick Akhona Jijase
13. Bonginkosi Yona
14. Andries Motlapula Ntsenyeho
15. Mzukisi Sompeta
16. Jackson Lehupa
17. Mongezeleli Ntenetya
18. Mphangeli Tukuza
19. Thobisile Zibambele
20. Cebisile Yawa
21. Mgcineni Noki
22. Khanare Elias Monesa
23. Bongani Nqongophele
24. John Kutlwano Ledingoane
25. Babalo Mtshazi
26. Thembinkosi Gwelani
27. Bongani Mdze
28. Thobile Mpumza
29. Thabiso Johannes Thelejane
30. Anele Mdizeni
31. Makhosandile Mkhonjwa
32. Julius Tokoti Mancotywa
33. Janeveke Raphael Liau
34. Thabiso Mosebetsane
35. Mafolisi Mabiya
36. Ntandazo Nokamba
37. Fezile David Saphendu
38. Mpumzeni Ngxande
39. Stelega Meric Gadlela
40. Henry Mvuyisi Pato
41. Nkosiyabo Xalabile

42. Telang Vitalis Mohai
43. Modisaotsile Van Wyk Sagalala
44. Molefi Osiel Ntsoele

Bekannte Namen von ermordeten Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen seit dem Massaker von Marikana im Jahr 2012

1. Dumisani Mthinthi – 11. September 2012
2. Paulina Masuhlo, 19. September 2012
3. Daluvuyo Mbogo – 5. Oktober 2012
4. Zakhele Mtshayisa – 6. Oktober 2012
5. Alton Joja – 24. März 2013
6. Steven Khulekile Mawethu – 14. Mai 2013
7. Andile and Ayanda Shezi – 14. Mai 2013
8. Mbulelo Nqapo – 3. Juni 2013
9. Nobongile Nora Madolo – 12. August 2013
10. William Sithelele – 17. Oktober 2013
11. Percy Letaneng – 10. November 2013
12. Lulu Maramba – 9. Mai 2014
13. Lucky Nkaelang – 9. Mai 2014
14. Mveliso Biyela – 22. September 2016
15. Tholakele „Bhele“ Dlunga – 17. Oktober 2017
16. Malibongwe Mdazo – 19. August 2021
17. Ntombifikile Mthethwa – 27. Juni 2022

Vorwort

Seit mehr als 150 Jahren wird in Südafrika industrieller Bergbau betrieben. Das Land ist reich an Bodenschätzen wie Gold, Diamanten und Platin. Präsident Cyril Ramaphosa bezeichnete den Bergbausektor als eine treibende Kraft, um die südafrikanische Wirtschaft aus dem Tal nach der Covid-19 Pandemie zu holen und warb um ausländische Investitionen. Dafür wurden im April 2022 eine Explorationsstrategie für die Bergbauindustrie in Südafrika und ein dazugehöriger Umsetzungsplan veröffentlicht. Südafrika soll zu einem attraktiven Explorationsstandort gemacht werden, um den Beitrag des Bergbaus am Bruttoinlandsprodukt zu erhöhen und so Wohlstand, wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen voran zu bringen.

Die gelebte Realität der Gemeinden in den Bergbauregionen sieht allerdings weniger rosig aus. Soziale und wirtschaftliche Rechte werden regelmäßig und mutwillig verletzt und die Umwelt zerstört. Vor allem ist dadurch die marginalisierte Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und Townships betroffen und insbesondere Frauen. Studien haben die katastrophalen Auswirkungen des Bergbaus auf die Wasser- und Luftqualität, die Gesundheit, das Land und dessen Nutzung und damit die Existenzgrundlagen und Ernährungssicherheit in den umliegenden

Gemeinden belegt. Politisch Verantwortliche werden korrumpiert, engagierte Gemeindemitglieder bedroht und einige sogar ermordet, Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern gewalttätig niedergeschlagen.

In diesem Zusammenhang steht auch das Marikana-Massaker, das sich am 16. August 2022 zum zehnten Mal jährte. Arbeitende des Unternehmens Lonmin (heute Sibanye-Stillwater) streikten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, 34 von ihnen wurden von südafrikanischen Sicherheitskräften erschossen. Bis heute hat das Unternehmen noch immer keine adäquate Entschädigung an die Überlebenden und Hinterbliebenen geleistet. Damalige Hauptabnehmerin und bis heute immer noch eine der größten Käuferinnen des Platins ist BASF.

Die vorliegende Studie widmet sich den Kontinuitäten und Veränderungen für die Arbeiter:innen und Gemeinden vor Ort und zeigt auf, dass sich wenig verändert, vieles sogar verschlechtert hat. Marikana ist nur ein Beispiel für anhaltende Menschenrechtsverletzungen im Kontext eines schwachen regulatorischen Umfeldes, eines Mangels an Rechenschaftspflicht und Kontrolle sowie Straflosigkeit von Unternehmen im Rohstoffsektor und entlang internationaler Wertschöpfungs- und Lieferketten. Südafrikanische Unternehmen unterminieren die



Gefährliche Suche nach Glück: Ein Goldschürfer in einer stillgelegten Mine in Johannesburg.

Nachhaltigkeitsagenda, da sie zwar Abkommen wie dem Global Compact und den UN Guiding Principles on Business and Human Rights beigetreten sind, sich aber nicht umfassend daran halten. Den Aufsichtsinstitutionen wie der südafrikanischen Menschenrechtskommission fehlen die Ressourcen und staatlichen Behörden fehlt in weiten Teilen eine ernsthafte Durchsetzungskraft.

Vor diesem Hintergrund sind die Investitionsanreize und der angekündigte Anstieg der Bergbauaktivitäten in Südafrika ein Grund zur Sorge. Denn auch zehn Jahre nach dem Marikana-Massaker und den Empfehlungen des Berichts der nationalen Untersuchungskommission sowie der Lippenbekenntnisse von Unternehmen und Staat, bleiben wiederholte und seit langem bestehende Beschwerden im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen weitgehend vernachlässigt. Lokale Organisationen und Gemeinden kämpfen weiterhin für ein verantwortungsvolleres Verhalten der Unternehmen und für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Es ist ein ungleicher Kampf, in einer Zeit, in der sich die Kluft zwischen Arm und Reich in Südafrika weiter vergrößert, Korruption allgegenwärtig ist, multinationale Unternehmen ihre Gewinne auf Kosten lokaler Arbeiter:innen und Gemeinden vermehren und damit die Diskrepanz zwischen Konzernprofiten und Lebensumständen vor Ort wächst.

Es ist aber auch eine Zeit, in der international über gesetzliche Regelungen zur Verantwortung von Unternehmen entlang ihrer Lieferketten diskutiert wird. So verabschiedete der Deutsche Bundestag im Juni 2021 das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das im Januar 2023 in Kraft treten wird. Es soll die Einhaltung grundlegender Menschenrechtsstandards sicherstellen, wie zum Beispiel des Verbots von Kinder- und Zwangsarbeit. Deutsche Unternehmen müssen dann dafür sorgen, dass in ihren Lieferketten die Menschenrechte eingehalten werden. Welche konkreten Auswirkungen dies auf die Arbeiter:innen und Gemeinden vor Ort hat, bleibt abzuwarten.

Wir als Brot für die Welt sehen es weiterhin als unsere Aufgabe und Pflicht, lokale Aktivist:innen und Organisationen wie zum Beispiel die Bench Marks Foundation in ihrem Kampf für ein verantwortungsvolleres Verhalten der Unternehmen zu unterstützen. Wir machen ihre Forderungen und Herausforderungen in Deutschland sichtbar und weisen auf unsere Verantwortung als Konsument:innen der Endprodukte der hier wertgeschöpften Rohstoffe hin, wie zum Beispiel auf das Platin in den Katalysatoren unserer Autos. Auch international wächst der Druck von zivilgesellschaftlichen Kräften auf das

Bergbauunternehmen Sibanye-Stillwater und dessen Rohstoffabnehmer, sowie den südafrikanischen Staat. Netzwerke, wie die „Plough back the Fruits“-Kampagne, der auch Brot für die Welt angehört, fordern die dringend notwendige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort. Derzeit sind die Bemühungen von BASF, sich aktiv bei Sibanye-Stillwater für tatsächliche und nachhaltige Verbesserungen vor Ort einzusetzen, noch nicht ausreichend. Es ist nötig, den Druck auf BASF und Sibanye-Stillwater zu intensivieren, damit Ergebnisse sichtbar und die Unternehmen ihrer Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden. Die vorliegende Studie möchte dazu einen Beitrag leisten.

HELLE DØSSING
Abteilungsleiterin Afrika
Brot für die Welt

Zusammenfassung

„Sibanye kümmert sich nur um das, was unter der Erde ist, nicht um das, was über der Erde ist.“

(Eine Bewohnerin der informellen Siedlung Nkanini)

Es sind zehn Jahre seit dem Massaker von Marikana vergangen, bei dem am 16. August 2012 34 Menschen erschossen, weitere 78 verletzt und über 250 unter Anwendung eines fragwürdigen Apartheidgesetzes verhaftet wurden (Alexander 2013). Zehn weitere Menschen haben in den Tagen zuvor bei eskalierenden Streiks ihr Leben verloren. Die Arbeitenden forderten einen existenzsichernden Lohn von 12.500 Rand (umgerechnet etwa 1.250 Euro; Kurs vom August 2012). Diese Forderungen fanden im ganzen Land Widerhall und lösten Debatten über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Minenarbeiter:innen aus. Neben einer fairen Entlohnung wurde soziale Gerechtigkeit in den Bergbaugemeinden und eine gerechte Verteilung der Einnahmen aus dem Bergbau gefordert (Bond 2013; Forslund 2016). Das Massaker machte den Bruch der Nach-Apartheid-Sozialordnung deutlich, der durch die Kontinuität in der Ausbeutung und der sozialen Ungleichheit gekennzeichnet ist.

Dies wird auch im folgenden Zitat aus dem Jahresbericht von Sibanye-Stillwater (SSW) aus dem Jahr 2021 zum Ausdruck gebracht: „Viele unserer Arbeiter in Südafrika sind in einer indigenen, gemeinschaftlichen Kultur verwurzelt, deren Werte manchmal im Widerspruch zu der individualistischen Ethik stehen, die von der modernen Wirtschaft gefördert wird. Dies führt zu einer verwirrenden Situation, in der wir von den Menschen erwarten, dass sie sich mit eigener Kraft aus ihrer Lage befreien, während sie von uns erwarten, dass wir sie in die größere Sibanye-Stillwater-Familie aufnehmen, und sodann enttäuscht sind, weil sie sich von der formellen Wirtschaft ausgeschlossen fühlen; so werden wir zur Zielscheibe ihrer Frustrationen“ („Integrated Report“ des Jahresberichts von Sibanye-Stillwater 2021). Der Report spricht von „wir“ und „sie“ – eine Ironie für ein Unternehmen namens Sibanye, dessen Name „wir sind eins“ bedeutet.

In dieser Studie wird deutlich, wie die Gemeinden und die Arbeiter:innen zehn Jahre später immer noch unter dem Massaker leiden und Gerechtigkeit verlangen, wie sich ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verschlechtert haben, wie sie die entfremdende und extreme Ausbeutung am Arbeitsplatz erleben, wie ihr Leben von

Demütigungen geprägt ist, die im Laufe der Jahre immer schlimmer geworden zu sein scheinen.

Die Hoffnungen nach dem Massaker waren groß, dass sich etwas ändern würde und dass ein menschenwürdiges Leben und bessere Arbeitsbedingungen erreicht werden könnten, doch die Realität ist weit davon entfernt. Die Arbeiter träumten von fairen Löhnen, gleichem Lohn für gleiche Arbeit in allen Schächten und Platinminen, besseren Arbeitsbedingungen und der Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit für alle. Die hier zusammengetragenen empirischen Belege zeigen eine beunruhigende Kontinuität mit der Vergangenheit, zerplatzte Träume, Vernachlässigung und spürbare Traumata.

Die Löhne, die im Mittelpunkt der Streiks von 2012 standen, sind seitdem zwar gestiegen. Allerdings hat es fast acht Jahre gedauert, bis die Minenarbeiter das bekamen, was sie 2012 symbolisch als existenzsichernden Lohn betrachteten. Für Leiharbeitende bleiben 12.500 Rand ein unerreichbarer Traum. Der aktuelle Grundlohn von 14.713 Rand (umgerechnet etwa 815 Euro; Kurs vom Oktober 2022) für fest angestellte Arbeitskräfte ist angesichts der steigenden Inflation ein Almosen und kein existenzsichernder Lohn. Seit 2012 haben die Lohnerhöhungen aufgrund der ständig steigenden Inflationsrate, die zwischen 2012 und 2022 im Durchschnitt zwischen 4,5 und 5,7 Prozent lag, in den Haushalten nicht viel bewirkt. Hierdurch hat sich der Wert der Reallöhne der Arbeiter:innen verringert, was ihren Traum von einem existenzsichernden Lohn zunichte gemacht hat. Die interviewten Frauen sagten, dass sie die Leidtragenden sind. Sie sind überproportional häufig betroffen von Arbeitslosigkeit und müssen ständig neue Überlebenspläne improvisieren.

Eine entscheidende Wende in Marikana seit 2012 und der letzten Studie von Brot für die Welt vor fünf Jahren, war die Übernahme von Lonmin durch SSW im Jahr 2019. Infolge der Übernahme und der COVID-19-Pandemie kam es zu massiven Personaleinsparungen bei den Arbeitenden, insbesondere bei denen, die von Subunternehmern eingestellt wurden. Die Arbeitsplatzkultur unter SSW hat sich ebenfalls verändert. Offenbar soll der Widerstand und die Militanz der Arbeitenden zerstreut und eine

Die Schachtanlage von Lonmin in Marikana im Jahr 2015 – noch vor der Übernahme durch Sibanye-Stillwater.



konformistische Kultur geschaffen werden, die die Arbeitenden individualisiert und den kollektiven Geist der Arbeiter:innen von 2012 untergräbt. So wird die Macht der organisierten Beschäftigten gebrochen, die nach dem Massaker zunächst an Zugkraft gewonnen hatte. Letztendlich geht es also darum, die Errungenschaften der Arbeiter:innen und der Gemeinschaft zu untergraben.

Während die Löhne der festangestellten Beschäftigten nach den Streikwellen von 2012 und 2014 stiegen, wurde vermehrt Personal über Subunternehmer eingestellt und Stellen abgebaut vor allem nach der Übernahme von Lonmin durch SSW. Rund 7.684 Arbeitsplätze wurden seit 2019 gestrichen, was zu einer erhöhten Gefährdung und Prekarisierung der Arbeiter:innen führte. SSW beschäftigt derzeit nur noch 21.376 Arbeitende (17.963 direkte Beschäftigte und 3.413 Leiharbeiter:innen). Das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber den rund 33.000 Beschäftigten (23.915 direkte Beschäftigte und 9.131 Leiharbeiter:innen) bei Lonmin vor der Übernahme (BMF 2012). In zunehmendem Maße wurde die Arbeit auf Subunternehmen verlagert, die Arbeiter:innen mit minderwertigen Verträgen beschäftigen, bei denen sie weniger verdienen oder

gar keine Unterstützungszahlungen erhalten und vom vollen Schutz des Arbeitsrechts ausgeschlossen sind.

Aufgrund der jüngsten Einsparungen hat sich die wirtschaftliche Not in den Gemeinden verschärft, was sich laut den Befragten in Form von Ernährungsunsicherheit und chronischem Hunger in den Haushalten wieder spiegelt. Und das, obwohl die Löhne in den letzten Jahren gestiegen sind. Durch die Einsparungen haben sich die bereits bestehenden Spannungen und die Gewalt weiter verschärft und zu einem noch nie dagewesenen Ausmaß an psychischen Problemen bei den Arbeitenden und in den Gemeinden geführt. Vermehrte psychische Probleme zeigen sich in der steigenden Selbstmordrate vor Ort. Auch das unverarbeitete Trauma des Massakers wird für den Anstieg der psychischen Probleme in der Gemeinde verantwortlich gemacht.

Die bei dem Massaker verwundeten Arbeiter, die in der Diskussion über Marikana häufig vergessen werden, sind noch verzweifelter geworden. Gleichzeitig haben sie sich damit abgefunden, dass sie dauerhaft mit einer Behinderung leben müssen. Es gibt zudem nun auch eine Kluft zwischen unterschiedlichen Gruppen von verwundeten

Arbeitern: Manche haben als „das Gesicht der Verwundeten von Marikana“ Popularität erlangt, was einige Vorteile mit sich brachte. Manche der Arbeiter haben sich für eine Abfindung entschieden, während andere als Beschäftigte von SSW weiterarbeiten wollen. Auch bei den Witwen scheint es eine ähnliche Kluft zu geben, denn einige haben Häuser von SSW erhalten, andere nicht – insbesondere die Witwen von Leiharbeitern. Die Zusammengehörigkeit, die einst aufgrund des gemeinsamen Traumas bestand, hat sich aufgelöst.

Weitere in den letzten fünf Jahren verstärkte Herausforderungen betreffen die alltäglichen Kämpfe, die sich durch das Leben in einer unversorgten, vernachlässigten oder ‚vergessen‘ Gemeinde zeigen. Die Lebensverhältnisse, vor allem in der informellen Siedlung Nkanini, sind nach wie vor beklagenswert. Es gibt immer noch kein fließendes Wasser, keine angemessenen Toiletten und die Menschen sind nach wie vor auf einen „illegalen“ Stromanschluss angewiesen, durch den allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 drei Menschen durch Stromschläge ums Leben kamen. Im Jahr 2021 starben sieben Männer beim illegalen „Anzapfen“ von Strom und zwei Kinder erlitten beim Spielen einen Stromschlag. Die Herausforderungen werden durch die Straßen, die sich in einem sehr schlechten Zustand befinden, noch verschärft. Zur Hochphase der COVID-19-Pandemie konnten Rettungsfahrzeuge und Leichenwagen zeitweise nicht in die Siedlung gelangen, um Kranke oder Tote abzuholen. Besonders an regnerischen Tagen war dies der Fall. Die verschlechterten Lebensbedingungen in der Gemeinde wurden weder von den Behörden oder der lokalen Regierung noch von SSW oder den Gewerkschaften beachtet. Die häufig als Allheilmittel für die Unzufriedenheit der Gemeinde angepriesenen „Social and Labour Plans“ (SLP) haben es versäumt, den tatsächlichen und dringenden Bedürfnissen der Gemeinde in Marikana, wie befahrbarer Straßen und einer grundlegend funktionstüchtigen Infrastruktur Priorität einzuräumen. Trotz der gesetzlichen Verpflichtung der Bergbauunternehmen SLPs einzuführen und umzusetzen, wurde nur sehr wenig erreicht. Im Fall von Marikana hat die Gemeinde keinen nennenswerten Nutzen aus den SLPs gezogen.

An dieser Stelle ist es erforderlich einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Leben in Marikana im Jahr 2022 sowie den aktuellen Löhnen der Arbeiter:innen und den üppigen Verdiensten der Minenmanager. Jüngst erschienen Berichte, dass der CEO von SSW, Neal Froneman, im Geschäftsjahr 2021 über 300 Millionen Rand verdiente

(28 Millionen Rand Grundgehalt und sogenannte „long-term share incentives“). Gleichzeitig deutet Froneman an, dass die gegenwärtigen Lohn- und Lohnnebenkostenforderungen der Arbeiter:innen überzogen seien und nicht erfüllt werden sollen. Die South African Federation of Trade Union (SAFTU) führt an, dass die am schlechtesten bezahlten Minenarbeiter:innen bei SSW 222 Jahre bräuchten, um Fronemans Jahresgrundgehalt von 28 Millionen Rand im Jahr 2021 zu verdienen, und 2.385 Jahre, um die Gesamtsumme von 300 Millionen Rand zu erreichen.

Während das Massaker einen Wendepunkt für das Land bedeutete, ging es für die Arbeiter:innen und die Gemeinden abwärts. Ihre Lebensbedingungen sind unsicherer geworden, Arbeitslosigkeit und Stellenabbau haben zugenommen, die Armut wird größer, Unsicherheit am Arbeitsplatz ist zur Norm geworden und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften erodiert seit der Übernahme durch SSW. Und dennoch warten die Menschen weiterhin auf eine positive Veränderung, auf eine ehrliche Entschuldigung und Verantwortungübernahme seitens des Staates und von SSW, auf menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, auf eine faire und gerechte Entschädigung, die nicht nur den Verlust von Unterstützung, sondern auch den generell erlittenen Schaden berücksichtigt. Letztendlich suchen und warten sie nach wie vor auf Gerechtigkeit, auch wenn diese nicht in Sicht zu sein scheint. Noch immer sind die Auswirkungen des Massakers allgegenwärtig. Sie fordern Gerechtigkeit, damit die Seelen der Ehemänner und Brüder in Frieden ruhen können.

Die vorliegende Studie soll einen Beitrag zur Suche nach Verantwortung und Gerechtigkeit leisten, indem sie die sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen in Marikana seit dem Massaker im Jahr 2012 aufzeigt.

Kapitel 1

Einleitung

1.1 Geschichte des Platingürtels und der Arbeitsmigration

Um die aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Minenarbeiter:innen und ihrer Gemeinden zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte des Bergbaus in Südafrika nötig. Der industrielle Bergbau in Südafrika basierte von Anfang an auf einem System billiger Schwarzer Arbeitsmigrant:innen. Die Grundlage für dieses System bildete das vom Bergbaukapital organisierte und vom Staat geförderte System der nach Geschlechtern getrennten Wohnheime und der Arbeitsmigration (Bezuidenhout & Buhlungu 2011). Aus verschiedenen Teilen des südlichen Afrikas wurden Arbeiter:innen angeworben.

Gold war fast ein Jahrhundert lang das Aushängeschild des südafrikanischen Bergbausektors. Allerdings ging die Bedeutung von Gold zwischen 1994 und 2009 um 63 Prozent zurück, während Platin um über 67 Prozent zulegte. Grund für das Wachstum von Platin war vor allem die steigende Nachfrage nach Katalysatoren in Amerika, Asien, Europa und insbesondere in Deutschland. Über 80

Prozent des in Südafrika produzierten Platins wird exportiert. Die in Deutschland ansässige BASF ist eine der größten Abnehmerinnen von südafrikanischem Platin.

Da über 80 Prozent der weltweiten Platinproduktion in Südafrika stattfindet, haben große Platinproduzenten wie AngloAmerican Platinum, Lonmin (jetzt SSW) und Northam immens vom Nachfrageboom in den 2000er Jahren profitiert. Und auch das Land Südafrika hat durch den Beitrag des Bergbausektors zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) 'profitiert'. Beispielsweise betrug dieser im Jahr 2021 nominal 8,7 Prozent und real 5,4 Prozent. Das entspricht einem bedeutenden Betrag von 481 Milliarden Rand, wobei sich die Lizenzgebühren, die häufig der Elite des Landes zugutekommen, auf 27,9 Milliarden Rand belaufen. Die Platinverkäufe machten hier den größten Anteil aus: 346,6 Milliarden Rand (Mineral Council Facts and Figures 2021).

Zwar sind die Platinsätze beachtlich hoch, aber die damit verbundenen Vorteile kommen nicht bei den Menschen an, die in der Region leben und arbeiten. Dies spiegelt sich in der rasanten Zunahme informeller Siedlungen



in der Gegend von Rustenburg und Marikana wider, die von prekären Arbeitsbedingungen und schlechter Entlohnung geprägt sind. Diese Ausbreitung informeller Siedlungen geht auf die 1990er Jahre zurück, als sich die Firmen, Arbeitende und Staat darauf einigten, die Arbeitsmigrations- und Wohnheimsysteme aufzulösen. Besiegelt wurde diese Vereinbarung durch die Bergbau-Charta, die das Ziel enthielt, bis 2014 alle geschlechtsspezifischen Herbergen aufzulösen und die Abhängigkeit von Arbeitsmigrant:innen durch Arbeitskräfte aus den angrenzenden Gemeinden zu ersetzen. Es war geplant, die Wohnheime durch Familienwohnungen zu ersetzen, damit die Bergleute mit ihren Familien zusammen leben können (Forrest 2015; Bezuidenhout & Buhlungu 2015).

Zum einen ging es bei diesen Änderungen darum, die Würde der Schwarzen Arbeiter:innen wiederherzustellen, zum anderen waren sie auch ein Versuch, eine stabilere Belegschaft zu schaffen. Allerdings waren die meisten Bergbauunternehmen nicht in der Lage, allen Arbeitenden eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, sondern boten stattdessen ein Wohngeld anstelle einer Unterkunft der Mine an. Vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Löhne, entschieden sich viele Arbeiter:innen für das Wohngeld, um einen höheren Nettolohn zu erzielen. Zahlreiche von ihnen zogen in unversorgte informelle Siedlungen in der Nähe der Minenschächte, um dort kostenlos oder billig zu wohnen.

1.2 Zur Methodik

Diese Studie veranschaulicht, was sich seit der letzten Studie von Brot für die Welt vor fünf Jahren und zehn Jahre nach dem Massaker in Marikana verändert hat. Sie führt die Lesenden durch die Straßen von Marikana und betritt die Wellblechhütten, in denen die Arbeiter leben. Sie gibt Einblicke in die Schächte von SSW und in die realen Arbeits- und Lebensbedingungen. Zunächst gibt die Studie einen kurzen Überblick über das Massaker von Marikana und die Ergebnisse der Farlam-Kommission. Dann wird ein Fokus auf die Veränderungen der Arbeitsbedingungen, der Löhne, der Gesundheit und Sicherheit und der gewerkschaftlichen Organisierung gelegt. Im zweiten Teil des Berichts geht es um die Gemeinde und die Lebensbedingungen in der informellen Siedlung Nkanini, die nur wenige hundert Meter von den Schächten von SSW entfernt liegt. Im letzten Teil befasst sich die Studie mit SSWs „Gedenken“ an das Massaker, wie sich

das Unternehmen die Erinnerung an die Toten aneignet und aus der „Erinnerung an Marikana“ Kapital schlägt, um sein Image aufzupolieren. Zum Abschluss wird die Solidarität der Arbeitenden und der Gemeinde sowie die Notwendigkeit, beide Kämpfe für echte Veränderungen zu verbinden, betrachtet.

Im Versuch, den sozioökonomischen Wandel in Marikana zu verstehen, wurden halbstrukturierte persönliche Interviews und eine Fokusgruppendifkussion mit Menschen geführt, die in Marikana arbeiten und leben. Insgesamt wurden 20 Personen interviewt, darunter gegenwärtige Arbeiter:innen (fest angestellte Arbeitskräfte und Leiharbeiter:innen), eine Witwe, eine Anwältin, die die 34 Familien vertritt, eine Sozialarbeiterin, eine Parlamentarierin, eine Gemeinderätin, drei Frauen aus der Gemeinde, ein verwundeter Arbeiter, fünf Vertragsarbeiter, drei fest angestellte Arbeiter und drei Gewerkschaftsführer, die wir durch gezielte Stichproben ausgewählt haben. Derzeit sind einige der Befragten bei SSW beschäftigt, andere sind Gemeindeglieder, Aktivist:innen und in verschiedenen sozialen Zusammenhängen rund um Marikana tätig. Die Studie zeichnet den Wandel in zwei großen Bereichen nach: der Mine und der Gemeinde. Sehr lange wurde die enge Beziehung zwischen ihnen nicht beachtet.

Kapitel 2

Das Massaker von Marikana und die Streikwellen

Die Marikana-Streikwellen von 2012-2014 repräsentieren einige der militantesten Streikaktionen in der Geschichte des südafrikanischen Arbeiterkampfes. Sie brachten das System der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung ins Wanken, führten landesweit zu großen sozioökonomischen und politischen Veränderungen und warfen ein Schlaglicht auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Minenarbeiter:innen (Marinovich 2017; Alexander et al 2012).

Der Streik bei Lonmin wurde zunächst von den Bohreräteführern angeführt und später von anderen Berufsgruppen unterstützt. Dieser Streik wurde von informellen Arbeiterkomitees außerhalb der Strukturen der Gewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) organisiert. Die Arbeiter:innen verlangten von Lonmin einen existenzsichernden Lohn von 12.500 Rand. Die Streiks gingen tagelang weiter, waren von Gewalt geprägt und forderten zunächst zehn Tote. Am 16. August nahm der Streik eine fatale Wendung. Während der Versammlung der Arbeiter:innen auf einem Hügel (Koppie) in Marikana wurden 34 Arbeiter von der südafrikanischen Polizei erschossen und 78 Arbeiter schwer verletzt, während über 250 verhaftet wurden. Eine beispiellose Aktion, die zum ersten

Massaker nach der Apartheid wurde (Alexander et al 2012; Chinguno 2013; Stewart 2013).

An dieser Stelle ist es wichtig, die Kernforderungen der Arbeiter:innen und die Faktoren, die den Streik auslösten, zu reflektieren. Im Mittelpunkt der von ihnen aufgeworfenen Fragen standen die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen. Kennzeichnend für die Arbeitsbedingungen waren niedrige Löhne, die teilweise zur Verschuldung der Arbeitenden beigetragen haben, ungleiche und schlechte Arbeitsbedingungen sowie eine vereinbarte, schwache und distanzierte Gewerkschaft NUM. Die Arbeiter:innen hatten den Eindruck, dass ihre Gewerkschaftsführung keinen Bezug zu ihren täglichen Erfahrungen hatte und sie daher in den Vereinbarungen mit dem Management der Mine kompromittiert hatte. Die zunehmende Vergabe von Unteraufträgen im Platingürtel, wo fast 40 Prozent der Arbeiter:innen in den Platinminen über Subunternehmen ohne Sozialleistungen arbeiten, spielte ebenfalls eine Rolle und motivierte die Leiharbeiter:innen zum Teil, sich den Streiks anzuschließen. Die steigende Arbeitslosigkeit in den nahe gelegenen Gemeinden aufgrund des Stellenabbaus, die zu einer massiven



Eine Gemeindeaktivistin auf dem „Koppie“ in Marikana. Auf diesem Hügel warteten die Streikenden vor dem Massaker auf Verhandlungen mit Lonmin.

und sich verschärfenden Armut führt, ist ebenfalls Hintergrund der Streiks in Marikana.

Nach wie vor leben viele Arbeiter:innen in den informellen Siedlungen, die sich über den Platingürtel ausbreiten. Es fehlt in diesen Siedlungen an grundlegenden Dienstleistungen wie Wasser, Strom, Straßen und Abwassersystemen. Als Reaktion auf diese Bedingungen haben die Arbeiter:innen in den Jahren 2012 und 2014 gestreikt und einen existenzsichernden Lohn gefordert.

Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter im Platingürtel verließen nach dem Massaker die NUM und traten der Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) bei, einer neuen Gewerkschaft, die dem regierenden ANC angegliedert war. Die AMCU ging aus den Streikwellen von 2012 bis 2014 hervor und gab den Minenarbeiter:innen neue Hoffnung. Die Streiks im Jahr 2012 führten außerdem zu Allianzen zwischen Arbeiter:innen und der Zivilgesellschaft, Männern am Arbeitsplatz und Frauen in der Gemeinde und markierten damit einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Arbeiter:innen und Gemeinde. Die AMCU vertrat im Jahr 2021 über 80 Prozent der Arbeitenden in Marikana.

2.1 Ein Wendepunkt für wen?

Durch die Streikwelle wurde nicht nur die Kluft zwischen den Arbeiter:innen und der NUM deutlich, sondern sie markierte auch eine Krise im System der Arbeitsbeziehungen in Südafrika. Der unverhältnismäßige Einsatz von Gewalt und die Einmischung der Polizei in einen Arbeitskonflikt wichen von der üblichen Praxis bei Arbeitskämpfen ab. Für manche stellen diese Streiks einen Wendepunkt dar (Alexander 2013; Marinovich 2017), der das Versagen der NUM als Vertreterin der Arbeitenden bei der Forderung nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen offenlegte. War Marikana wirklich ein Wendepunkt für sie, hat sich ihr Leben seitdem verändert?

Die Forderungen von 2012 blieben auch nach dem Massaker von Marikana jahrelang unerfüllt. Aus Interviews und Gehaltsabrechnungen zwischen 2012 und 2019 geht hervor, dass einige Arbeiter:innen immer noch weniger als die symbolischen 12.500 Rand verdienten. Dies galt vor allem für Lohnarbeiter:innen, die über Dritte angestellt waren. Viele Leiharbeiter:innen verdienten selbst 2019 noch weniger als 8.000 Rand pro Monat. Einige der gesichteten Gehaltsabrechnungen aus dem Jahr 2022 weisen ebenfalls einen Grundlohn von weniger als 12.500

Rand aus. Somit war das Massaker kein positiver Wendepunkt für sie und die Gemeinden.

2.2 Die Farlam-Kommission

Auf das Massaker von Marikana im Jahr 2012 reagierte der damalige Präsident Jacob Zuma damit, dass die Farlam-Kommission eingesetzt wurde, die untersuchen sollte, was den Streik in Marikana, der insgesamt 44 Todesopfer forderte, ausgelöst hatte. Der Bericht der Kommission wurde aufgrund seiner voreingenommenen Ergebnisse, der unzureichenden und unverbindlichen Empfehlungen von Abhilfemaßnahmen sowie zur Frage von Entschädigungen stark kritisiert. Er skizziert allerdings ausführlich die Ereignisse, die zu dem Massaker führten. Im Wesentlichen entlastet der Bericht die politischen Eliten, auch wenn er einige ihrer öffentlichen Äußerungen, in denen sie die Polizei für einen „erfolgreichen“ Einsatz und ihr „professionelles und verantwortungsvolles“ Verhalten lobten, als unangemessen kritisiert. Der Bericht spricht zwar die Politiker frei, hebt aber das Management der Beschäftigungsverhältnisse sowie die schlechte Führung und die unzureichende Ausbildung der Polizei als die Hauptursachen für den Konflikt und die Morde hervor. Die Kommission erklärt unmissverständlich, dass Lonmin in den Tagen vor dem Massaker „rücksichtslos“ gehandelt hat. Sie tadelt das Unternehmen und die NUM dafür, dass sie es unterlassen haben, „Sicherheitsvorkehrungen für die Arbeiter zu treffen“, obwohl sie darauf bestanden, dass diese zur Arbeit gehen – ungeachtet der Spannungen in der Gegend und der Einschüchterung von Streikbrecher:innen.

Außerdem geht der Bericht darauf ein, dass Lonmin seiner Verpflichtung zur Wohnraumbeschaffung nicht nachgekommen ist – obwohl es sich die Firma leisten konnte – und die schlechten Lebensbedingungen in den informellen Siedlungen zu den Spannungen beigetragen haben und zu einem Gefühl der Ungerechtigkeit unter den Arbeiter:innen. Der Bericht der Kommission gelangte zu dem Schluss, dass Lonmin „ein gewisses Maß an Verantwortlichkeit für die Verletzungen und den Tod seiner Beschäftigten und derjenigen seiner Subunternehmer tragen muss“. Sie empfahl, dass das Department of Mineral Resources (DMR) untersuchen sollte, warum Lonmin seinen Verpflichtungen zur Wohnraumbeschaffung nicht nachkommt und Lonmin „zwingen“ sollte, diese zu erfüllen.



Lucky Ndlovu ist einer der Überlebenden des Marikana-Massakers. Er lebt weiterhin in einer informellen Siedlung.

Der Bericht der Kommission enthielt ebenfalls keine ausdrücklichen Empfehlungen zur Entschädigung der Witwen und Familien der getöteten Arbeiter, der Verletzten und Invaliden. In dem Bericht ist lediglich zu lesen: „Die Kommission ist nicht davon überzeugt, dass ihr Mandat weit genug gefasst ist, um die Frage zu klären, ob eine Entschädigungsregelung der vorgeschlagenen Art vom Staat umgesetzt werden sollte“. Einige der Befragten gaben der Kommission die Schuld dafür, dass sich ihr Leben nicht zum Positiven verändert hat, weil sie sich nicht zu Fragen der Entschädigung geäußert hat. Das Fehlen einer verbindlichen Erklärung dazu habe es dem Unternehmen und dem Staat ermöglicht, sich der Verantwortung zu entziehen und eine Entschädigung als Wohltat und nicht als verantwortungsvolles Handeln zu betrachten. Trotz Anerkennung der Tatsache, dass eine Entschädigung nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit ist, war es doch ein großer Schlag für die betroffenen Familien und die verletzten Arbeiter, dass jegliche Erklärung dazu ausblieb. Witwen, verwundete Arbeiter und ihre Ehefrauen – von denen aufgrund der patriarchalen Geschlechterrollen erwartet wird, dass sie sich vorrangig

nun um sie kümmern – mussten sich daraufhin gegen Lonmin und den Staat zur Wehr setzen.

Insgesamt ist die Entschädigung der Familien der Opfer noch nicht endgültig geklärt. Laut einer Anwältin, die die Witwen und Familien von 36 Arbeitern vertritt, wurde zwar eine Entschädigung für den „Verlust des Lebensunterhalts an die Familien gezahlt, aber der zweite Teil, der allgemeine und verfassungsmäßige Schadenersatz, wird noch verhandelt und ist noch nicht geregelt, weil der Staat nicht bereit ist, die Menschen für das, was sie verloren haben, gerecht zu entschädigen“. Der Staat will nach Angaben der Anwältin den Familien jeweils 500.000 Rand zahlen, was problematisch ist, weil „die Familien keine gerechten Beträge erhalten werden. Die kleinste der 36 Familien hat zwei Mitglieder, die größte Familie hat 20 Mitglieder. Sie werden also nicht die gleichen Beträge erhalten, weil sie die 500.000 Rand durch die Gesamtzahl der Begünstigten für jeden Arbeiter teilen müssen“. Da es keine Empfehlung für eine Entschädigung durch die Farlam-Kommission gab, mussten die Familien eigene Anwälte nehmen. Deshalb ist es von Bedeutung, dass die Entschädigung, die die Familien erhalten haben,

und die Löhne, die die verwundeten Arbeiter, die immer noch Beschäftigte der Mine sind, weiterhin verdienen, nicht der Kommission zugeschrieben werden, sondern dem Engagement der Anwält:innen, die die Arbeiter, die Witwen und die Familien und teilweise die Gewerkschaft vertreten haben.

Hinsichtlich der konkreten Empfehlungen der Farlam-Kommission ist festzustellen, dass viele von ihnen auch im Jahr 2022 noch nicht umgesetzt wurden. Die empfohlenen Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung aller in das Massaker verwickelten Personen wurden eingeleitet, aber die Gerichtsverfahren müssen noch abgeschlossen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und nicht freigesprochen werden, wie es bei einem der kürzlich abgeschlossenen Polizeiverfahren der Fall war. Zibambele, eine der Witwen, die an mehreren Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Marikana-Massaker teilgenommen hat, beklagte sich kürzlich in einem Interview: „Ich höre den Richtern und Anwälten seit 2012, 2013, 2014 ... 2017, 2018, 2019, 2020 und auch in diesem Jahr zu. Doch es gibt noch immer keine Gerechtigkeit. Ich habe das Gefühl, dass die Richter den von uns empfundenen Schmerz nicht wahrnehmen“.

Entsprechend der Empfehlung, dass Lonmin (jetzt SSW) seinen Verpflichtungen zur Wohnraumbeschaffung nachkommt, hat SSW 128 nach Geschlechtern getrennte Wohnheime in Familienwohnungen umgewandelt und 2014 die Wohnblocks für Familien renoviert, so dass 1.908 Einzimmerwohnungen und 776 Familienwohnungen entstanden sind. Sibanye meldete am 14. Juli 2022, etwas mehr als einen Monat vor dem Gedenken an das Massaker von Marikana, dass 20 weitere Wohnheime von Einzelzimmern in Familienwohnungen umgewandelt wurden, was wie ein strategischer Medienschachzug aussah. Diese Zahlen bleiben weit hinter den 5.500 Wohnungen zurück, die in den SLPs 2006 bis 2013 versprochen wurden.

Um sich vor der Verantwortung für den Bau von Wohneinheiten gemäß den SLPs zu drücken, hat Lonmin 2015 etwa 50 Hektar Land an die Regierung „gespendet“. 2.658 Wohneinheiten sollten hier gebaut werden, ungeachtet des katastrophalen staatlichen Wohnungsmangels in der Provinz und der Tatsache, dass die Bereitstellung von Unterkünften für Arbeiter:innen vollständig in der Verantwortung des Inhabers der Schürfrechte liegt und unter keinen Umständen auf den Staat abgewälzt werden kann. Bisher wurden auf dem „geschenkten“ Land nur 544 Häuser gebaut. Zwar sind diese weitaus besser ausgestattet als die früheren Wohnheime oder informellen

Siedlungen, aber sie sind immer noch weit von dem entfernt, was man sich unter anständigen Unterkünften vorstellt. Beispielsweise passt in ein Schlafzimmer nur ein Doppelbett, so dass nur wenig Platz bleibt, um sich zu bewegen. Die Küche ist etwa 1,5 Quadratmeter klein. In den Ein-Zimmer-Wohnungen, die sich direkt hinter dem Rowland Shaft befinden, ist das Wohnzimmer zwei Quadratmeter groß. Diese Häuser wurden scheinbar nur gebaut, um Verpflichtungen zu erfüllen, und nicht, um menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

So leben auch im Jahr 2022 noch zahlreiche Arbeiter:innen und ihre Familien in Marikana in unversorgten informellen Siedlungen. Und das trotz der Tatsache, dass ihre Lebensbedingungen zu der Unzufriedenheit beigetragen haben, die zu der Streikwelle 2012 bis 2014 führte.

Kapitel 3

Der Übergang von Lonmin zu Sibanye Stillwater



In Marikana änderte sich nicht nur der Name. Die Arbeiter:innen sehen den Wechsel mit gemischten Gefühlen.

3.1 Reorganisation, Umstrukturierung und Einsparungen

Nach der Übernahme im Juni 2019 erfolgte eine umfassende Umstrukturierung und Reorganisation des ehemaligen Lonmin-Betriebs. Derzeit hat SSW in Marikana fünf Schächte in Betrieb. Das Unternehmen hatte zum Zeitpunkt der Übernahme im Jahr 2019 eine Gesamtbelegschaft von etwa 33.000 fest angestellten Arbeiter:innen und Leiharbeiter:innen. Gerade einmal drei Monate nach der Übernahme gab SSW bekannt, dass es ab September 2019 5.720 Arbeitsplätze (3.904 Festangestellte und 1.366 Leiharbeitende) abbauen wolle.

Der Betrieb von SSW in Marikana wurde bis April 2022 auf etwa 21.376 Beschäftigte (17.963 direkt und 3.413 über Subunternehmen) reduziert. Rund 3.000 bis 3.500 dieser Beschäftigten sind Frauen, von denen die meisten direkt beschäftigt sind, da es „schwieriger ist, den Wandel für Frauen bei Subunternehmen voranzutreiben“ (Benya 2016; Minerals Council White Paper on Women in Mining 2020, S.3). Die Personaleinsparungen waren auf mehrere Prozesse zurückzuführen: freiwillige Abfindungspakete, Vorruhestand, Schachtschließungen und die übliche Fluktuation. Schachtschließungen waren bei weitem der bedeutendste Grund. Beispielsweise erreichten Schächte wie East 1, West 1 und Hossy das Ende ihrer Lebensdauer und wurden geschlossen. 1.142 fest

angestellte Arbeiter:innen und 1.709 Leiharbeiter:innen waren von den Schließungen betroffen. Die freiwilligen Abfindungspakete haben etwa 1.612 Arbeiterinnen und Arbeiter in Anspruch genommen und 53 gingen in den Vorruhestand. Viele der Personen, die sich für die freiwilligen Abfindungspakete entschieden haben, sollen starke Gewerkschaftsaktivist:innen sein, insbesondere diejenigen, die bei den Streiks 2012 an vorderster Front standen. Diese fürchteten, zur Zielscheibe des neuen Unternehmens zu werden und dass sie den neuen Normen, Werten und dem, was sie als drakonische Standards und Traditionen empfanden, nicht standhalten konnten. Der Übergang von Lonmin zu SSW kostete zwischen Juni 2019 und 2022 insgesamt 7.684 Arbeitsplätze.

Die Vereinbarung mit den Gewerkschaften, dass SSW die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden und die tariflichen Vereinbarungen nicht ändern würde, war zwar Teil der Übernahmevereinbarung, doch die Gewerkschaft soll die Leiharbeiter:innen als Druckmittel benutzt haben. Die befragten Personen gaben an, dass die Kündigung der Subunternehmen, die zum Verlust ihrer Arbeitsplätze führte, mit Zustimmung ihrer Gewerkschaft AMCU durchgeführt wurde. Es handelte sich um einen Kompromiss, um fest angestellte Arbeiter:innen vor Einsparungen zu schützen. Die Leiharbeiter:innen sahen sich von der AMCU im Stich gelassen und fühlten sich benutzt. Einer der entlassenen Vertragsarbeiter beklagte sich: „Sibanye-Stillwater hat mich nicht gefeuert, sondern die Gewerkschaft, meine Gewerkschaft AMCU.“

Seit der Übernahme haben diese Einsparungen die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer:innen und Gewerkschaften so stark beeinträchtigt, dass die AMCU nun in Frage gestellt wird. Insbesondere die Leiharbeitenden fragen sich, ob die Gewerkschaft ihre Arbeitsplätze wirksam und angemessen schützen und die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse vertreten kann oder ob sie nur für die Interessen der Festangestellten da ist. Dadurch ist die Solidarität der Arbeiter:innen untereinander stark geschwächt worden.

3.2 „Arbeit ist nicht mehr das, was sie einmal war“

Die interviewten Arbeiter:innen hoben hervor, dass es SSW gelungen ist, den ehemaligen Lonmin-Betrieb umzukrempeln, offensichtlich ohne die formellen Vereinbarungen

und Arbeitsbedingungen zu ändern. Allerdings argumentierten sie, dass SSW die Arbeitsmoral und die Unternehmenskultur umgestaltet hat, was sich tiefgreifend auf die Arbeitsbedingungen auswirkt. Sie sagten, dass „die Arbeit nicht mehr das ist, was sie einmal war“. Andere verweisen auf die Angst, die sie begleitet: „Die Angst, gefeuert zu werden, weil man nicht produktiv genug ist, weil man sich nicht an die Regeln hält, die sich täglich ändern, weil man nicht das ist, was sie von uns erwarten“, sagte ein Arbeiter. Langsam löst sich die Kultur des offenen Widerstands der Arbeiter:innen auf, wird aktiv unterdrückt und durch Angst und Unterwerfung ersetzt.

In einem informellen Gespräch erklärte ein Arbeitsforscher: „Die Strategie von SSW besteht darin, die gesamte Organisations- und Arbeitskultur grundlegend umzukrempeln. Wo immer möglich, kann dies die Entlassung der alten Arbeiter beinhalten, die mit der Militanz während der Streikwelle von 2012 bis 2014 in Verbindung gebracht werden“. Dies spricht für die Kündigung der langjährigen Leiharbeiter:innen und die Einstellung von Arbeiter:innen, die nicht am „Koppie“ waren. Diese sind nicht so sehr dem „Geist von Marikana“ verpflichtet (Sinwell & Mbatha 2016), haben also nicht die gleiche Verbundenheit mit den Kämpfen von 2012 wie diejenigen, die dabei waren. Wenn man den „Integrated Report“ des Jahresberichts von SSW aus dem Jahr 2021 liest, wird deutlich, dass das Unternehmen sich selbst verpflichtet hat, die Arbeitsplatzkultur verändern und gefügte Arbeiter:innen haben zu wollen, die sich allen Erwartungen des Unternehmens widerstandslos unterwerfen.

Dieser Wandel innerhalb der Unternehmenskultur sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Einiges ist zwar nicht quantifizierbar, aber die Berichte der Interviewten sagen viel über die Art der Ausbeutung aus, die auf tieferer Ebene stattfinden kann.

Kapitel 4 Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen der Minenarbeiter:innen sind auch ein Jahrzehnt nach dem Massaker von Marikana ein umstrittenes Thema. Sowohl Lonmin als auch SSW beschäftigten Arbeiter:innen sowohl direkt als auch indirekt über Subunternehmen. Unsere Interviewpartner:innen bestätigten bereits bekannte Unterschiede in den Arbeitsbedingungen dieser beiden Kategorien von Arbeitenden: Die direkt angestellten Arbeiter:innen haben einigermaßen sichere Verträge mit Leistungen wie Kranken- und Rentenversicherung und Wohngeld und werden manchmal in Familienunterkünften untergebracht, die die nach Geschlechtern getrennten Wohnheime ersetzt haben.

Auf der anderen Seite beklagen die Leiharbeitenden schlechtere Arbeitsbedingungen und fehlende Zusatzleistungen. Der Großteil von ihnen verdient weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen (ein Arbeiter berichtete, dass er zwar mehr verdient, aber keine Sozialleistungen erhält) und hat in den meisten Fällen keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Wie die Interviews bestätigten, sind die Arbeits- und Lebensbedingungen von

Leiharbeiter:innen durch eine weitaus größere Prekarität gekennzeichnet als vor der Übernahme und sie sind häufiger gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt, da sie oft absichtlich in Bereichen arbeiten müssen, die als gefährlich gelten.

Diese Unterschiede zwischen Leiharbeiter:innen und fest angestellten Arbeitenden im Bergbausektor sind nicht neu, scheinen sich aber in den letzten Jahren verschärft zu haben, was zu einer größeren Gefährdung der Leiharbeiter:innen führt. Die Externalisierung von Arbeitskräften ist außerdem eine Möglichkeit, gesetzliche Verpflichtungen zu umgehen und auf eine billigere Quelle von Arbeitskräften zuzugreifen. Das Ziel ist die Gewinnmaximierung. Aus den Interviews geht hervor, dass die Zwangslage der Leiharbeiter:innen durch die Art und Weise weiter verschärft wird, wie die AMCU mit ihnen umgeht. Während die Leiharbeiterinnen und -arbeiter 2012 noch Teil des Kampfes waren, werden sie von der AMCU heute oft nicht als Verbündete behandelt, wenn es darum geht, Kompromisse mit den Arbeitgebern zu schließen.

Lohnabrechnung eines Leiharbeiters von 2019: Ein Monat Arbeit für weniger als 8.000 Rand.

P2 MINING (NEWRAK) PO BOX 517 KROONDAL 0350		PAYSLIP BETAALSTAAT	
NAME NAAM		DATE DATUM	2019/06/30
PAY METHOD BETAALMETHODE		EMPLOYEE CODE WERKNEMERSKODE	
ACCOUNT NUMBER REKENINGNUMMER	OCCUPATION BEROEP	PAYE CODE LBS KODE	DEPT AFD
ST: ACP/B&B	05100	A, M, S 00	WIID
	TEAM WORKER CON		PAY POINT BETAALPUNT
			ST
BASIC RATE	258.5000	EARNINGS VERDIENSTES	
SURF	.00	BASIC WAGE	6204.00
UNDERGROUND	24.00	ACCOMODATION	1600.00
		SKTEER	387.75
LV ANN 20/02/01 7.33		ALL W1	500.00
LB BEFOH 19/08/01 3.16			
TAX NR: 0089993182		DEDUCTIONS AFTREKKINGS	
COST/CC 9426.40		PAYE	1334.84
		UIF	90.02
		INSURANCE	20.19
		AMCU UNION	22.04
		RE-ADV1	387.75
		PREV FUND	248.16
		AFFINITY HEALTH	200.00
YEAR TO DATE / JAAR TOT DATUM		MONTH TO DATE / MAAND TOT DATUM	
TAXABLE EARNINGS BELASBARE VERDIENSTES	36501.03	GROSS PAY BRUTO VERGOEDING	8691.75
TAX PAID BELASTING BETAAL	1651.51	TOTAL DEDUCTIONS TOTALE AFTREKKINGS	1393.00
PENSION PENSIOEN	.00	NETT PAY NETTO VERGOEDING	7298.75
MEDICAL AID MEDIESE FONDS	.00	TAXABLE PERKS BELASBARE BYVOORDELE	570.20
UIF WVF	377.42	COMPANY CONTRIBUTIONS MAATSKAPPYBYDRAES	734.65
		TOTAL DEDUCTIONS TOTALE AFTREKKINGS	1393.00
DATE ENGAGED: 2007/02/01		NETT PAY NETTO VERGOEDING	7298.75
DATE TERM: 00/00/00			

sage HR & Payroll P4

Jahr ab Juli	Grundlagen	Schichtzuschlag	Urlaubsgeld ¹	Wohnungsgeld	Gesamte Barvergütung	Unterstützungskasse	Medizinische Versorgung	ALV	Garantiertes Einkommen insgesamt ²
2019	R12.713	R527	R1.059	R2.300	R16.599	R1.353	R1.085	R149	R19.186
2020	R13.713	R545	R1.143	R2.300	R17.701	R1.400	R1.085	R149	R20.335
2021	R14.713	R564	R1.260	R2.300	R18.803	R1.449	R1.085	R149	R21.486

Tabelle 1: Sibanye Marikana Verdienststruktur für fest angestellte Arbeiter (Bruttolöhne)

Quelle: https://thevault.exchange/?get_group_doc=245/1573816482-sibanye-marikana-wage-agreement-nov2019.pdf

- 1 — Keine:r der befragten Arbeiter:innen hatte Kenntnis vom Urlaubsgeld. Auch auf den vorgelegten Gehaltsabrechnungen war es nicht aufgeführt.
- 2 — Dies muss zusammen mit den Abzügen und Pfändungsbeschlüssen gelesen werden, die den Lohn der Arbeiter:innen erheblich schmälern.

Der Anblick der langen Schlangen von entlassenen Kolleg:innen vor den Minenschächten auf der Suche nach einer Beschäftigung, erinnern die interviewten Arbeiter:innen täglich an ihre Austauschbarkeit. Einige schilderten, dass der Anblick von verzweifelt nach Arbeit suchenden Menschen sie davon abhält, Forderungen zu stellen oder den Arbeitgeber herauszufordern. Manche hingegen sagten, dass sie versuchen, sich an die Spielregeln zu halten. Diejenigen, die sich nicht daran halten, werden angeblich in andere Betriebe versetzt, um den Widerstand zu unterdrücken. Diese Strategien von SSW scheinen oberflächlich betrachtet zu funktionieren, aber in Gesprächen mit Arbeiter:innen war von sich anbahnenden Streiks die Rede.

4.1 Entlohnung und Arbeitsbedingungen

Vor dem Streik 2012 verdienten die Bohrgeräteführer in den Minen von Marikana etwa 6.000 Rand im Monat. Dieser Betrag stieg nach dem Streik auf 8.000 bis 9.500 Rand, je nach Einstufung und Vertrag. Die AMCU drängte im Jahr 2019 auf ein Grundgehalt von 17.000 Rand für Minenarbeiter:innen der Einstiegsklasse, aber SSW widersetzte sich und bot stattdessen eine Aufstockung von 300 Rand pro Monat für die unterste Lohnstufe an, was unter der Inflationsrate lag. Dies wurde von der Gewerkschaft als Versuch gewertet, ihre Mitglieder zum Streik zu zwingen.

Die interviewten direkt Beschäftigten von SSW erkannten an, dass sich ihr Verdienst in den letzten Jahren

verbessert hat. Jedoch hat keiner von ihnen das oben erwähnte „garantierte Gesamteinkommen“ als Nettolohn erhalten. Zwar sind die Durchschnittslöhne in den letzten 20 Jahren gestiegen, was auf die Streiks und die Gewerkschaftsarbeit zurückzuführen ist. Jedoch gilt dies nicht für alle Arbeiter:innen, da es sich nicht um einen universellen Anstieg handelt.

Ein interviewter Leiharbeiter sagte aus, dass das Einstiegsbruttogehalt für den niedrigsten Vertragsarbeiter in seinem Unternehmen derzeit 10.000 Rand beträgt, er aber keine Sozialleistungen erhält und für seine Unterkunft selbst aufkommen muss. Ein ehemaliger Leiharbeiter legte uns eine Gehaltsabrechnung für 2019 vor, auf der ein monatlicher Grundlohn von 6.204 Rand angegeben war, was einem Bruttolohn von 8.691 Rand entsprach, einschließlich Wohngeld von 1.600, Überstundenlohn von 387 und einem Bonus von 500 Rand. Dieser Arbeiter erhielt zwar Wohngeld, dieses lag jedoch 700 Rand unter dem, was SSW seinen Beschäftigten zahlte. Außerdem zahlt SSW für direkt Beschäftigte in die Rentenkasse ein und gewährt ihnen einen Zuschuss zur Krankenversicherung, während viele Leiharbeiter:innen diese Leistungen nur teilweise oder gar nicht erhalten.

Die Prekarität der Leiharbeitnehmer bei SSW hält an und verschlechtert sich in gewissem Maße mit einem strengeren Arbeitsumfeld und ständigen Einsparungsdrohungen, sei es auf Schachtebene oder durch Neil Froneman, CEO von SSW, der wegen seines 300-Millionen-Rand-Jahresgehalts 2021 mediale Aufmerksamkeit erhielt. Der CEO drohte, dass sämtliche Forderungen, die über das hinausgehen, was SSW anbietet, durch Einsparungen korrigiert werden müssen.



Die Witwe Zameka Nungu mit einem Foto ihres Mannes Jackson Lehupa.

4.2 Ein ungerechter „fairer“ Lohn

Frauen tragen oft die Verantwortung, die Löhne aufzuteilen und sich um den Haushalt und andere Angehörige zuhause zu kümmern. Ihrer Ansicht nach haben sich die Löhne zwar insgesamt verbessert, aber sie liegen immer noch unter den Lebenshaltungskosten in der Region und berücksichtigen nicht die steigende Inflation. Außerdem stellten die Arbeiter:innen fest, dass die Lohnerhöhungen vor dem Hintergrund einer Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen, massiver Einsparungen und einer höheren Arbeitsbelastung erfolgten. Die Höhe der Mieten für diejenigen, denen die Unternehmen keine Unterkunft zur Verfügung stellen, die Kosten für Wasser, Strom und Grundnahrungsmittel sind erheblich gestiegen. Ein fairer Lohn, erklärten die Interviewten, sollte es ihnen ermöglichen, ihre Familien zu unterstützen, sie zu ernähren, zu kleiden, zu beherbergen und zu bilden. Ein Arbeiter und ein Gewerkschafter ergänzten, dass „ein fairer oder existenzsichernder Lohn auch die Risiken berücksichtigen müsste, die man eingeht, wenn man unter Tage geht, und ihnen einen angemessenen Lebensstil in Rustenburg

ermöglichen müsste“. Sie fassten zusammen, dass ein fairer oder existenzsichernder Lohn den Arbeitenden den Umzug aus den informellen Siedlungen in anständige Unterkünfte mit ausreichend Platz für ihre Familien und mit grundlegenden Ausstattungen wie einer Toilette mit Wasserspülung und fließendem Wasser ermöglichen müsste.

Ein bei dem Massaker verwundeter Arbeiter sagte, dass ein fairer Lohn ihm ermöglichen müsste, ein anständiges Leben zu führen, in dem er es sich leisten kann, eine Vollzeitpflegekraft zu bekommen, anstatt auf die weiblichen Familienmitglieder angewiesen zu sein, die Arbeit und die Betreuung ihrer Kinder opfern, um sich um ihn zu kümmern. Er argumentierte, dass der Verlust seiner Würde niemals beziffert oder entschädigt werden kann und er die Frauen für die Arbeit, die sie leisten, um ihn sauber, satt und mobil zu halten, niemals angemessen entschädigen könne.

Eine interviewte Witwe bemerkte, dass sie das Glück habe, nur ihre Kinder versorgen zu müssen, während andere Witwen weitere Familienmitglieder finanziell unterstützen müssen. Folglich kann kein Lohn jemals angemessen sein – angesichts der neuen Verantwortlichkeiten, die sie als Ersatz für ihre Ehemänner übernehmen müssen.

4.3 Neue Standards für die Verwaltung der Arbeitszeiten

Die von uns interviewten Arbeiter:innen betonten, dass eine der entscheidenden Veränderungen in den letzten fünf Jahren nach der Übernahme durch SSW in den neuen Regeln der Personalverwaltung, insbesondere des Zeitmanagements zu sehen ist. Bei SSW wurde ein strengeres System der Zeitmessung eingeführt. Zuspätkommende werden genau überwacht, und jede Übertretung wird mit einer Verwarnung und schließlich nach einer bestimmten Anzahl von Verstößen mit einer Kündigung geahndet. Wie die Interviewten betonten, gab es in früheren Jahren ein gewisses Maß an Toleranz und Verständnis für Arbeitende, die ein paar Minuten zu spät zum Dienst kamen. Das frühere Management verstand, dass dies durch Staus in den Umkleieräumen oder durch die Minenbusverbindungen verursacht werden konnte. Doch bei SSW ist für ein solches Verständnis „selbst bei einer Minute Verspätung“ nach Aussage der interviewten Personen kein Platz mehr. Mit der Einführung eines strengeren Zeitmanagements wird den Arbeitenden Angst eingeflößt, dass sie jederzeit ihren Arbeitsplatz verlieren könnten.

Hinzu kommt, dass SSW die Transportleistungen für sie gekürzt hat. Sibanye Marikana verfügt über fünf Schächte und Betriebe in einem Umkreis von 30 Kilometern. Die Arbeiter werden durch einen Dienstleister zur Arbeit transportiert. Bei der Übernahme des Betriebs durch SSW wurde der Transportdienst jedoch gekürzt und einige der Zubringer Routen gestrichen. Nun gibt es weniger direkte Routen zu einigen der Schächte. Die Arbeiterinnen und Arbeiter brauchen daher länger als früher, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Alternative öffentliche Verkehrsmittel sind unzuverlässig und sind mit täglich 100 Rand für viele unbezahlbar. Durch dieses neue Personalverwaltungsregime verändern sich Arbeitskultur und Arbeitsethik auf widersprüchliche Weise: Auf der einen Seite scheinen sie eine gefügigere Belegschaft hervorzubringen, auf der anderen Seite führen sie zu Ressentiments und offenen Spaltungen. Diese Veränderung der Arbeitsplatzkultur ist zwar nicht quantifizierbar, aber doch beobachtbar.

4.4 Ein Blick hinter die Kulissen: Gesundheit und Sicherheit

Aus Untersuchungen über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz geht hervor, dass Minenarbeitende in Südafrika unter berufsbedingten Verletzungen, Krankheiten und Todesfällen leiden. Während die Gesundheits- und Sicherheitsdaten der Branche schon viel zu wünschen übrig lassen, ist dies bei SSW noch ausgeprägter.

Die Betriebe von SSW in Südafrika gerieten während der Verhandlungen mit Lonmin wegen ihrer schlechten Gesundheits- und Sicherheitsstandards unter Beschuss. Beispielsweise zählte SSW im Jahr 2018 25 der 60 Todesfälle im Bergbau, die vom Department of Mineral Resources registriert wurden. Anders ausgedrückt: Bei der Übernahme von Marikana Lonmin hatte SSW die höchste Todesrate in der Branche. Im Jahr 2021 verzeichnete die Bergbaufirma 18 Todesopfer, drei davon in Marikana. Aufgrund dieser Todesfälle war SSW gezwungen, seine Sicherheitsstandards zu überprüfen und die Interessengruppen zu beruhigen. Die öffentliche Darstellung und die Daten zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sind daher für SSW von entscheidender Bedeutung und werden aufgrund des Drucks des Marktes und der Wertschöpfungskette streng kontrolliert. Allerdings sieht die Praxis anders aus. Die auf Produktivität ausgerichtete

Vergütungsstruktur von SSW und die institutionalisierte Kultur der Angst wirken sich auf die Einhaltung von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften aus. Die Anreizstruktur belohnt die Produktivität in großzügiger Weise auf Kosten der Sicherheit. So bringen die höheren Produktionsanreize verzweifelte und prekäre Arbeitende in eine unhaltbare Situation, in der sie zwischen Sicherheit und Produktivität wählen müssen.

Die Kultur der Angst und der Schikaniierung setzt sie unter Druck und ist mitverantwortlich für die hohe Zahl der Todesopfer. Die Arbeitenden haben zwar technisch gesehen das Recht, sich zu weigern, unter gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, doch wird häufig verdeckt oder auch offen Druck ausgeübt, dies nicht zu tun. Der Druck erfolgt von oben und von unten. Manche Arbeitenden merken an, dass sie, wenn sie sich weigern, an einem gefährlichen Ort zu arbeiten, schikaniert und „beschuldigt werden, eine Revolte anzetteln zu wollen – etwas, das SSW nicht tolerieren wird“. Leiharbeitende, die ihre Arbeit verweigern, müssen häufig mit Disziplinarmaßnahmen rechnen. Dies kann eine Entlassung zur Folge haben. Früher konnten sie sich an die Gewerkschaft wenden. Inzwischen ignorieren einige Gewerkschaftsvertreter:innen allerdings



Zwei Bergleute in Marikana.

Lieferkettenverantwortung – Die Rolle von BASF

Autorin: Maren Leifker

Südafrika ist weltmarktführend bei der Förderung von Platin: Von den rund 180.000 Tonnen Platin, die 2021 weltweit in Minen geschürft wurden, stammen allein 130.000 Tonnen aus dem Land (Neitzel 2022). Ein Großteil des südafrikanischen Platins wird nach Deutschland exportiert und hier unter anderem zur Herstellung von Katalysatoren eingesetzt. Zu den international führenden Herstellern von Katalysatoren gehört der deutsche Chemiekonzern BASF. 2021 erwirtschaftete das Unternehmen in diesem Bereich Umsätze von gut 19 Milliarden Euro (BASF Bericht 2021). Um die nötigen Rohstoffe für sein Katalysatoren-Geschäft zu sichern, pflegt BASF langjährige geschäftliche Kontakte nach Südafrika. Die mehr als 30-jährige Geschäftsbeziehung zwischen dem Unternehmen und den Betreibenden der Marikana-Mine reicht bis in die Apartheidzeit zurück (Becker 2018). Bis heute bezieht BASF jährlich Platin im Wert von mehreren 100 Millionen Euro aus Südafrika (ebd.).

BASF und das Massaker von Marikana

Zum Zeitpunkt des Massakers von Marikana war BASF Hauptkunde der Mine und nahm deutlich mehr als die Hälfte des dort geförderten Platins ab (Bahadur 2018). BASF konnte damals nicht der Vorwurf gemacht werden, das Massaker mitverursacht zu haben oder nicht genug zur Verhinderung getan haben. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, in denen grundlegende Standards zur Verantwortung von Unternehmen für ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten niedergelegt wurden, waren erst im Jahr zuvor verabschiedet worden. In der Unternehmenspraxis wurden die Standards, zu denen beispielsweise auch präventive Maßnahmen zur Verhinderung der Eskalation von Menschenrechtsverletzungen gehören, damals noch kaum umgesetzt.

Von zögerlich zu bemüht

Kritikwürdig war jedoch, dass BASF nach dem Massaker erst einmal nichts unternahm. Stattdessen schwieg das Management des Unternehmens und setzte anscheinend darauf, dass die Verbindungen zu den Ereignissen in Südafrika unentdeckt bleiben. Dabei wurden die unhaltbaren Arbeits- und Lebensbedingungen an der Marikana-Mine spätestens durch das Massaker international bekannt.

Erst als die „Plough Back the Fruits“-Kampagne von südafrikanischen und europäischen Organisationen, darunter

Brot für die Welt, ins Leben gerufen wurde und Vertreter:innen wiederholt auf Aktionärsversammlungen von BASF auftraten, um auf die Missstände in Marikana aufmerksam zu machen, wurde das Unternehmen langsam aktiv. Die ersten Schritte, die BASF unternahm, waren jedoch sehr zögerlich und unzureichend. Eine Delegation des Unternehmens reiste nach Südafrika, und es wurden zwei Sozialaudits zur Überprüfung der Mine durchgeführt, die damals noch vom britischen Bergbaukonzern Lonmin betrieben wurde. Bei diesen Audits wurden jedoch wichtige Probleme übersehen, relevante Stakeholder, wie lokale NGOs und Gewerkschaften, wurden nicht befragt und die Ergebnisse weder transparent gemacht, noch konsequent mit Lonmin verfolgt.

Im Laufe der Jahre baute BASF seine Bemühungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Marikana aus. Die Audit-Fragebögen wurden erweitert und Stakeholder intensiver einbezogen. Zur Bearbeitung von identifizierten Missständen wurde gemeinsam mit dem neuen Minenbetreibenden, dem südafrikanischen Bergbaukonzern Sibanye-Stillwater, ein Corrective Action Plan mit Empfehlungen und Zeitplänen entwickelt, der im Rahmen eines regelmäßigen strukturierten Austauschs nachgehalten wird (BASF Marikana 2022). Zudem hat BASF gemeinsam mit Sibanye-Stillwater einzelne Vorzeigeprojekte umgesetzt. Ein Beispiel dafür ist die Beteiligung beider Unternehmen an den „Courageous Conversations“-Dialogen, zu denen der anglikanische Erzbischof von Kapstadt eingeladen hat, um einen geregelten Rahmen für den Austausch der teils widerstreitenden Interessen in den umliegenden Gemeinden zu schaffen und Ansatzpunkte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zu identifizieren. Eine Initiative, die daraus hervorgegangen ist, ist der von Sibanye-Stillwater angestoßene „Marikana-Erneuerungsprozess“, mit dem das Ziel verfolgt wird, Menschen aus den lokalen Gemeinden eine Perspektive zu bieten – auch über die Dauer der Bergbauaktivitäten hinaus („Post Mining Vision“).

Viel heiße Luft um nichts?

Lokale zivilgesellschaftliche Akteur:innen sehen die Projekte teilweise sehr kritisch: Sie seien zu punktuell und änderten nichts an dem Grundproblem, dass die Menschen, auf deren Rücken BASF enorme Gewinne erwirtschaftet, weiterhin unter menschenunwürdigen



Regelmäßiger Redner auf der BASF-Aktionärsversammlung in Mannheim: Ehemaliger Bischof Jo Seoka, Vorstandsvorsitzender der Bench Marks Foundation, Südafrika.

Bedingungen arbeiten und leben. Diese Studie bestätigt den Eindruck. Demnach hat sich die Situation der Arbeiter:innen und Anwohner:innen der Mine innerhalb der letzten zehn Jahre kaum verbessert, teilweise sogar verschlechtert.

Und jetzt das Lieferkettengesetz?

Deutschland hat im Sommer 2021 das Lieferkettengesetz verabschiedet, durch das die Rechte der von Unternehmensaktivitäten betroffenen Menschen in Lieferketten gestärkt werden sollen (BMAS 2022). Brot für die Welt hat sich dafür im Rahmen der Initiative Lieferkettengesetz gemeinsam mit mehr als 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland eingesetzt. BASF gehört zu den großen deutschen Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten, die sich ab Inkrafttreten im Januar 2023 an das Gesetz halten müssen. Die Erwartungen sind groß, dass sich dadurch vor Ort konkrete Verbesserungen ergeben.

Fest steht: Viele der in dieser Studie beschriebenen Missstände sind menschenrechtliche Risiken, die Unternehmen nach dem Lieferkettengesetz durch angemessene Sorgfaltsmaßnahmen adressieren müssen, wenn sie in ihrer Lieferkette auftreten. Das gilt etwa für den Vorwurf der Verletzung von lokalen Arbeitssicherheitsstandards. Weitere Beispiele sind die Ungleichbehandlung von Leiharbeiter:innen gegenüber Festangestellten und der Vorwurf, dass die Löhne nicht angemessen sind beziehungsweise nur durch die Hinzuziehung der „Living out Allowance“ zur Existenzsicherung reichen.

Diese Probleme werden voraussichtlich auch über 2023 hinaus bestehen, müssen von BASF dann also nach Maßgabe des Lieferkettengesetzes bearbeitet werden. Das heißt: BASF muss wirksame Abhilfemaßnahmen umsetzen, die es ermöglichen, die beschriebenen menschenrechtlichen Risiken zu minimieren. Die Verabschiedung vom selbst-konzipierten Audit-Standard „Together for Sustainability“ (TfS) der Chemieindustrie und der angekündigte Umstieg auf den internationalen, unabhängigen und multi-sektoralen Audit-Standard der „Initiative for Responsible Mining Assurance“ (IRMA) können ein guter Schritt in diese Richtung sein.

Darüber hinaus sind aber weitere Anstrengungen notwendig. Entscheidend ist hierbei besonders, dass das Lieferkettengesetz Unternehmen verpflichtet, geeignete Beschaffungsstrategien und Einkaufspolitiken umzusetzen. Sie dürfen also nicht länger einfach von niedrigen Einkaufspreisen profitieren, sondern müssen ihre Preispolitik so gestalten, dass ihren Geschäftspartnern die Einhaltung der Menschenrechtsstandards, insbesondere die Zahlung angemessener Löhne, möglich wird. Dies wäre ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiter:innen: Denn wenn die Gehälter ausreichen würden, müssten sie nicht in informellen Siedlungen leben, sondern könnten sich, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, eine Wohnung mieten.

ihre Beschwerden und bestehen darauf, dass sie zur Arbeit zurückkehren, um die Lohnverhandlungen oder die ohnehin bedrohten Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Bei einem Unfall werden sie heimlich aufgefordert, ihn nicht als Arbeitsunfall zu melden, so dass einige Unfälle nie in den offiziellen und veröffentlichten Statistiken auftauchen. Die Arbeitenden haben darauf hingewiesen, dass dies nicht heißen soll, dass die Arbeitsschutzpraktiken und -dokumentationen bei Lonmin vorbildlich waren (BMF 2012), sondern dass der Wandel innerhalb des aktuellen Unternehmens, die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitenden noch weiter gefährden.

Angesichts der Erfahrungen der Arbeitenden kann festgestellt werden, dass die Haltung von SSW in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit nur eine Theatervorstellung ist, die sich vor und hinter den Kulissen unterschiedlich darstellt. Auf der Bühne ist der Diskurs und der Auftritt durch Regeln und Richtlinien gekennzeichnet, die das Vertrauen der Aktionär:innen und Kund:innen entlang der Wertschöpfungskette gewinnen und erhalten sollen. Hinter der Bühne geht es um Erfahrungen, bei denen die Produktivität und nicht die Sicherheit im Vordergrund steht.

4.5 Rückgang der Solidarität unter den Arbeitenden

Empirische Belege aus Interviews mit Arbeitenden und Gewerkschafter:innen legen nahe, dass die Veränderungen in den Marikana-Betrieben von SSW zu einem Rückgang der Arbeitendensolidarität und der kollektiven Macht der Gewerkschaften geführt haben. SSW, so die interviewten Arbeitenden, legt keinen Wert auf ihre Stimme oder darauf, dass ihre Zustimmung bei Entscheidungsfindungen eingeholt wird. Im Laufe einer Fokusgruppendifkussion gingen einige noch weiter und erklärten, SSW unterdrücke kritische Stimmen. Ein Großteil der Entscheidungen werde „von der Unternehmensleitung getroffen und den Arbeitenden aufgezwungen“, ohne dass sie konsultiert würden, sagten drei Gewerkschafter:innen. Als Beispiele nannten sie und einige der fest angestellten Arbeitskräfte unter anderem Entscheidungen über die Versetzung von Arbeitenden in andere Schächte sowie den Transport und die Unterbringung. Diese Missachtung untergräbt die kollektive Macht der Arbeitenden erheblich und hat die Gewerkschaft auf Schachtebene

stark geschwächt. Einige Arbeitende waren daher der Meinung, dass ihre einst mächtige Gewerkschaft AMCU nun durch die Offensive von SSW gezähmt worden ist. Nach der Übernahme durch SSW haben sich die Arbeitsbedingungen offenbar repressiver gestaltet, was dazu geführt hat, dass sowohl die NUM als auch die AMCU Sibanye als „schlimmsten Arbeitgebenden“ gebrandmarkt haben. Dadurch sind die Arbeitenden extremer Ausbeutung ausgesetzt.

Auch die sich seit 2012 verschärfenden internen Fraktionskonflikte und Rivalitäten, haben die Gewerkschaft geschwächt. Diese Fraktionskämpfe zwischen und innerhalb von Gewerkschaften haben in einigen Fällen zu Ermordungen von Gewerkschaftsführer:innen in der Region Marikana beigetragen (Naicker 2017; Tatai 2021). Die Ermordung von Aktivist:innen flößt Angst ein und schwächt die gewerkschaftliche Beteiligung der Arbeitenden aus Angst, selbst zur Zielscheibe zu werden. Durch diese Morde und die gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen wurden die Arbeitenden demoralisiert, die Belegschaft gespalten und die kämpferische Kultur und Solidarität, die den Betrieb in Marikana nach 2012 kennzeichnete, unterdrückt (Nicolson 2017). Vor allem haben die gezielten Tötungen, die auch nach 2012 nicht aufhörten, das kollektive Vertrauen innerhalb der Arbeiterschaft ausgelöscht.

Kapitel 5

Die Gemeinde und die Lebensbedingungen vor Ort

5.1 Nkanini: Die informelle Siedlung von Wonderkop

Der Begriff Gemeinde in Marikana ist umstritten und verschiebt sich je nachdem, was auf dem Spiel steht. Für SSW umfasst die lokale Gemeinde manchmal Nkanini und die Bapo Ba Mogale-Gemeinde, aber manchmal bezieht sie sich nur auf die Bapo Ba Mogale. Das liegt daran, dass Nkanini – wo das Massaker stattfand – hauptsächlich von Migrant:innen bewohnt wird und die Landrechte bei der traditionellen Verwaltung der Bapo Ba Mogale liegen. Die informellen Siedlungen entstanden ohne die Zustimmung der traditionellen Verwaltung, was zu Spannungen zwischen den beiden Gemeinden geführt hat, die sich auch auf das Verhältnis zu SSW auswirken und umgekehrt. Neben den Auseinandersetzungen um Land gibt es auch seit langem bestehende ethnische Spannungen: die isiXhosa sprechenden Migrant:innen in Nkanini und die seTswana sprechenden in Bapo Ba Mogale.

In Nkanini befinden sich einige Lüftungsschächte von SSW und die Schmelzhütte. Laut der Gemeinderätin leben hier etwa 25.000 bis 30.000 Menschen. Die meisten staatlichen Einrichtungen kümmern sich nicht um informelle Siedlungen wie Nkanini. Die Gemeinde ist vernachlässigt und nicht anerkannt, aber sie ist eine der Gemeinden, aus denen SSW seine Arbeitskräfte bezieht. Die

Minenarbeitenden leben hier in Wellblechhütten ohne fließendes Wasser, ohne Stromanschluss, mit unpassierbaren Straßen, unzureichenden sanitären Einrichtungen und einem allgemeinen Mangel an Dienstleistungen.

Die Frauen in Nkanini schließen täglich die Lücke, die aus der Vernachlässigung und den immer weiter steigenden Anforderungen durch Staat und Mine entsteht und leisten zusätzlich die notwendige soziale Arbeit. Wenn sich die Bedingungen in Nkanini verschlechtern, sind sie in der Regel die „Dämpfer“, die den sozioökonomischen Sturm abfedern und auch die ersten, die eine Veränderung der Lebensbedingungen erleben (Benya 2015a; 2017). Während die Mehrheit von ihnen in Marikana beschäftigungslos ist und andere im Zuge der COVID-19-Restriktionen entlassen wurden, verrichten sie weiterhin täglich unbezahlte Arbeit, um ihre Familien zu versorgen und zu schützen, und verhinderten damit, was angesichts der Lebensbedingungen in Marikana leicht zu einer Katastrophe führen könnte.

5.2 Sozial- und Arbeitspläne (SLP)

Von 2017 bis 2018 haben Action Aid, das Centre for Applied Legal Studies (CALs), die Benchmarks Foundation (BMF) und kommunale Aktivist:innen in Marikana Sozialaudits anhand von genehmigten „Social and Labour



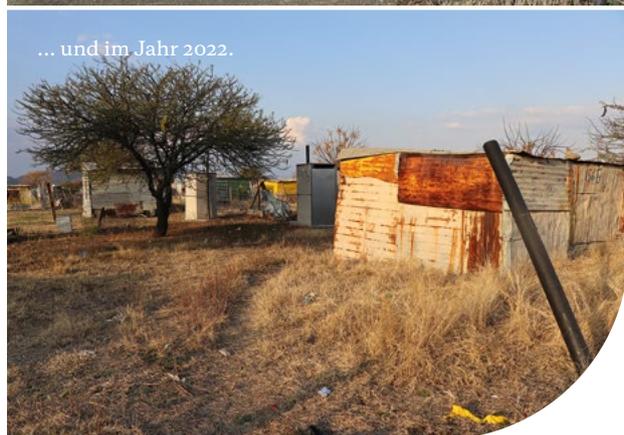
In Nkanini leben die Arbeiter:innen nach wie vor auf einfachstem Niveau in Sichtweite der Wohnungen, die Lonmin auf Minenland gebaut hat.

Plans“ (SLPs) durchgeführt. Sie haben festgestellt, dass SLPs zwar rechtlich verbindliche Pläne sind, die eine „faire Verteilung der Gewinne aus dem Bergbau“ auf der Basis der „Interessen und Bedürfnisse einer Gemeinschaft“ bewirken sollen, dass aber nur sehr wenige der in den meisten SLPs beschriebenen Pläne in die Tat umgesetzt werden. Anders ausgedrückt: Es scheint ein allgemeines Versagen bei der Erfüllung der SLP-Verpflichtungen zu geben, obwohl Bergbauunternehmen wie SSW dies in ihren Berichten beteuern.

Zwar sind die SLPs als Umverteilungsmechanismen konzipiert, doch scheinen sie für die Menschen in dem Gebiet, in dem SSW tätig ist, nicht zu greifen. Ein Beispiel dafür ist die jüngste Wohnungsstatistik, in der von 5.500 gebauten Wohnungen nur 1.908 Einzelquartiere und 776 Familienwohnungen aufgeführt sind. Es wird ständig gegen den „Geist“ der SLPs verstoßen und der Verantwortung ausgewichen. Eine genaue Lektüre des „Integrated Report“ des Jahresberichts von SSW 2021, Interviews mit Einwohner:innen von Nkanini und die Stimmung innerhalb der traditionellen Verwaltung von Bapo bestätigen



Hütte in Nkanini im Jahr 2013 ...



... und im Jahr 2022.

diese Feststellung. Diese Nichteinhaltung der SLPs stellt einen Verstoß gegen den Mineral and Resources Development Act (MPRDA 2002) dar, doch die Regierung hat darin versagt, die Einhaltung der SLPs zu verfolgen und durchzusetzen (Amnesty International Report, Smoke and Mirrors, 2016).

Was die Einhaltung der SLPs im Fall von Marikana weiter zu erschweren scheint, ist die umstrittene Art und Weise, in der SSW „Gemeinde“ definiert und dass SSW, wie die frühere Gemeinderätin hervorhob, die beiden Seiten der Gemeinden in puncto SLP-Verpflichtungen nicht gleich behandle. Es wurde behauptet, dass die Bapo-Gemeinde frei über die Entwicklungsprioritäten für ihr Gebiet entscheiden kann, während die Bewohner:innen der informellen Siedlungen ignoriert werden oder im besten Fall solche Projekte erhalten, die keine Priorität haben.

Die informelle Siedlung Nkanini wird in dem sogenannten „Marikana Erneuerungsprojekt“ von Sibanye-Stillwater mit keinem Wort erwähnt, obwohl sie in unmittelbarer Nähe des Unternehmens liegt. Durch die Nichterwähnung von Nkanini ignoriert SSW den Streik der Arbeitenden, der auch durch ihre beklagenswerten Lebensbedingungen in der informellen Siedlung ausgelöst wurde. Durch das Ignorieren von Nkanini in der Vision der „Erneuerung“ versucht SSW die Tatsache zu verdrängen, dass Nkanini als informelle Siedlung für die gesamte Bergbaustrategie des Unternehmens, die auf prekären, billigen Schwarzen Arbeitsmigrant:innen basiert, von Bedeutung ist.

Dadurch, dass Nkanini nicht erwähnt wird, muss SSW keine Verantwortung für die Lebensbedingungen übernehmen und Nkanini aus seinen SLPs ausschließen. Die Gemeindemitglieder von Nkanini sind bereits verärgert über die ihrer Meinung nach fehlende Konsultation bei der Konzeption und Überprüfung der SLPs. Die Interviewten argumentierten, dass Lonmin/SSW sie ausschloss und sich nur auf die Bapo-Seite der Gemeinde konzentrierte. In den seltenen Fällen, in denen sie berücksichtigt wurden, konzentrierte sich Lonmin auf Bereiche, die die Nkanini-Gemeinde nicht als vorrangig ansah. Beispielsweise benötigt die Gemeinde dringend Straßen und andere Dienstleistungen, aber SSW entschied sich dafür, der „Beschaffung von Schuhen für die Kinder der örtlichen Grundschule“, ein paar Straßenlaternen und der „Aufwertung“ von Sportplätzen den Vorrang zu geben, sagte die ehemalige Gemeinderätin.

Der oben erwähnte verwundete Arbeiter lebte in der informellen Siedlung, bevor er in eines der von der Mine

Unverändert: Auch in 2022 sind bei Regen viele Straßen in die informelle Siedlung Nkanini unpassierbar.



gebauten Häuser umgezogen ist. Er berichtete von seiner Erfahrung, dass er nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus sich nicht richtig waschen und erleichtern konnte, weil die Toilette in den informellen Siedlungen weit entfernt ist, sich im Freien befindet und oft mit anderen Familien auf dem selben Gelände geteilt wird (Benya 2015b). Er kommentierte: „Als ich raus kam, konnte ich weder gehen noch irgendetwas für mich selbst tun. Meine ganze linke Seite funktionierte nicht. Als ich zurück in die informelle Siedlung zog, konnte ich mich nicht richtig an einem Waschbecken waschen oder mich von meinem Bett erheben. Es war schwierig, die Toilette zu benutzen, ich brauchte immer Hilfe.“ Eine Weile musste er diese Lebensbedingungen ertragen, bevor er eine Unterkunft in den knappen Wohnhäusern der Mine bekam.

Die überwiegende Meinung der Interviewten war also, dass sich die Lebensqualität in der Gemeinde Nkanini nicht positiv verändert hat. Die Lebensqualität der Arbeitenden und ihrer Familien war vor 2012 beeinträchtigt, und ist es nach wie vor. Noch immer gibt es keine geteerten oder gut instand gehaltenen Straßen. Latrinen werden zumeist von mehreren Familien genutzt und sind oft überfüllt oder nicht mehr benutzbar.

Die mangelhafte Abwasserentsorgung in der Gegend wird mit Fällen von Lungentuberkulose und Bilharziose in Verbindung gebracht, die in der Gegend auftreten (Philips 2014; Interview: Community Monitor 2022). Die Einwohner:innen sind bei der Stromversorgung weiterhin auf illegale Anschlüsse angewiesen (Benya 2015b). Diese Abhängigkeit von illegalen Anschlüssen hat zu Stromschlägen geführt. Es heißt, dass in den ersten drei Monaten des Jahres 2022 drei Menschen einen Stromschlag erlitten haben. Allein im Jahr 2021 starben sieben Männer beim illegalen Anschließen von Strom und zwei Kinder erlitten beim Spielen einen tödlichen Stromschlag. Die meisten Menschen in den informellen Siedlungen von Nkanini haben nach wie vor keinen Zugang zu Leitungswasser.

Die von den meisten Bewohner:innen der Gemeinde und den Arbeitenden in Nkanini genutzten Straßen sind unbefestigt. Bei Regen ist die Straße von Marikana nur schwer befahrbar, weil der gesamte Ort schlecht entwässert ist und der Lehmboden leicht unter Wasser steht. Einem Interview mit der ehemaligen Gemeinderätin zufolge hat sich ihre Qualität verschlechtert und es ist weder in den integrierten Entwicklungsplänen (IDPs) der Gemeinde noch in den SLPs projiziert, diese Straßen zu reparieren.

Die frühere Gemeinderätin und die Parlamentarierin berichteten, dass sie die Mine sowohl zu der Zeit, als Lonmin noch in Betrieb war, als auch nach der Übernahme durch SSW aufsuchten, um sie zu bitten, die Steine aus den Minenabfällen für den Ausbau der Gemeindestraßen in Nkanini zu verwenden, anstatt weitere Abraumhalden anzulegen. Ihnen ging es lediglich darum, dass die Mine das Gestein in die Gemeinde liefert, damit die Bewohner:innen damit behelfsmäßige, aber brauchbare Straßen bauen können. Zwar hätte auch die Erfüllung dieser Bitte gefährliche Auswirkungen auf die Umwelt, aber die schiere Verzweiflung über den schlechten Straßenzustand trieb sie dazu. Währenddessen verlässt das „wertvolle“ Mineral ihre Gemeinde über gut gebaute und ordnungsgemäß gewartete Straßen, die vorrangig von der Mine genutzt werden.

5.3 Nkanini wird weiterhin vernachlässigt

Es wurde immer wieder geäußert dass SSW nicht dazu beigetragen hat, die Lebensqualität in den informellen Siedlungen zu verbessern. Eine Frau sagte: „Sibanye kümmert sich nur um das, was unter der Erde ist, nicht um das, was über der Erde ist“. Die Parlamentarierin und die frühere Gemeinderätin merkten an, dass SSW seit der Übernahme nur ein einziges Gemeindetreffen einberufen hat, bei dem sich die Firmenvertreter vorstellten, „um die Probleme der Gemeinde zu verstehen und zu erfahren, wie sie helfen können“. Seit diesem Tag sind sie nie wieder nach Nkanini zurückgekehrt oder haben mit den Bewohner:innen der informellen Siedlungen gesprochen, sondern nur mit denen in den formellen Siedlungen sowie der traditionellen Verwaltung, die sie als die primäre Ansprechpartnerin in Bezug auf das Land ansehen.

Die Lebensbedingungen der Arbeitenden und Anwohner:innen in Marikana scheinen in den letzten zehn Jahren im Großen und Ganzen beklagenswert geblieben zu sein und sich in gewisser Weise verschlechtert zu haben. Die Menschen verlieren die Hoffnung, weil sie sich ständig ignoriert fühlen. Nur einige Arbeitende konnten aus Nkanini ausziehen, um in festen Häusern zu leben, die über eine angemessene Grundversorgung wie Wasser und Strom verfügen.

Der Name Sibanye bedeutet „wir sind eins“, doch die Gemeindemitglieder und Arbeitenden empfinden das ganz anders. Die Interviewpartner:innen fragten, wer in

diesem imaginären „Sibanye, wir sind eine Familie“ mitinbegriffen ist. Sie fühlen sich entfremdet, nicht wertgeschätzt, ausgeschlossen und extrem ausgebeutet. Dem „Integrated Report“ des Jahresberichts von SSW für das Jahr 2021 nach zu urteilen, scheint die Entfremdung, die die Arbeitenden empfinden, kein Zufall zu sein, sondern gewollt. Genau wie der CEO in den Medien spricht der Bericht von den Arbeitenden wie von Außenseitern, die nicht zur „Familie“ gehören, wie von Menschen, die von Natur aus anders sind als die Sibanye-Familie, ein rückständiges Volk, das sich nur schwer an die moderne Familie anpassen kann.

Die Interviewpartner:innen stellten fest, dass Lonmin zwar „schlecht war... aber ein besserer Teufel als Sibanye“. Andere merkten an, dass Lonmin nach dem Massaker „zumindest vorgab, sich zu kümmern“ und „Magar (der damalige CEO von Lonmin; Anm. d. Red.) hierher kam und mit uns durch Nkanini ging“. Sie sagten, dass Sibanye dem gegenüber distanziert und unbeteiligt war und der Gemeinde Nkanini, in der das Massaker stattfand, nur Verachtung entgegenbrachte. Anders ausgedrückt: Sowohl die Arbeitenden als auch die Gemeinde Nkanini fühlten sich nicht als Teil des Wir in „Wir sind eins“.

5.4 Entfremdung, Gewalt, Kriminalität und Selbstmord

Die Siedlung Nkanini ist nicht nur unterversorgt und vernachlässigt, sondern auch gekennzeichnet durch Kriminalität, geschlechtsspezifische Gewalt, zwischenmenschliche und strukturelle Gewalt sowie zahlreiche illegale Aktivitäten zur Sicherung des Überlebens und des Lebensunterhalts. Die interviewten Gemeindemitglieder betonten, dass die Gewalt und die Morde in der Gegend zugenommen haben. Dies lässt sich teilweise durch die jährlich veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken belegen. In den letzten fünf Jahren gab es einen Anstieg von Raubüberfällen, Wohnungseinbrüchen (Diebstahl von Lebensmitteln), sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen gewalttätigen Delikten.

Von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sind überproportional viele Frauen betroffen, während gewalttätige Delikte eher Männer betreffen. In der Literatur findet sich auch eine hohe Dunkelziffer von sexueller Gewalt und sexueller Belästigung an männlich dominierten Arbeitsplätzen wie Minen. Allerdings meldete SSW im

Jahr 2021 nur 14 Fälle sexualisierter Gewalt in allen süd-afrikanischen Betrieben. Diese Zahl ist eine grobe Fehldarstellung und zeigt, dass die Organisationskultur im Bergbau einen fruchtbaren Boden für Machtungleichheiten zwischen den Geschlechtern bildet und somit die Voraussetzungen für Diskriminierung und insbesondere sexuelle Belästigung schafft (Keetharuth 2021).

Die Parlamentarierin und die ehemalige Gemeinderätin argumentierten, dass Kriminalität und Gewalt in der Gemeinde durch die schlechte Beleuchtung und die mangelnde Aufmerksamkeit der Polizei noch verschlimmert werden. Frauen und Arbeiter, vor allem diejenigen, deren Schichten früh oder spät beginnen, wenn es dunkel und gefährlich ist, sind einem hohen Risiko ausgesetzt. Einer der Arbeiter, der im Rowland-Schacht arbeitet, wohnt nur wenige hundert Meter entfernt. Er berichtete, dass er bei der Nachtschicht auf dem Arbeitsweg begleitet werden muss, da in Nkanini ein hohes Risiko von Überfällen besteht. Frauen berichteten, dass sie sich in der Nacht in ihren Schächten bei der Arbeit und in ihren Hütten in der Gemeinde nicht mehr sicher fühlen. Manche von ihnen gaben an, dass sie sich nicht mehr in der Siedlung bewegen, sobald es dunkel wird.

Die interviewten Gemeindemitglieder betonten, dass in den vergangenen Jahren auch die Zahl der Selbstmorde und der Depressionen in der Gegend zugenommen hat. Viele Suizide stehen im Zusammenhang mit sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit oder Einsparungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Massenkündigung von Verträgen im Jahr 2019 und den Entlassungen im Kontext der COVID-19-Pandemie. Viele derjenigen, die früher für Subunternehmen gearbeitet haben, sind derzeit beschäftigungslos und auf der Suche nach Arbeit. Gemeindemitglieder argumentieren, dass es vor allem diese Arbeitenden und ihre Familienangehörigen sind, die aufgrund des finanziellen Drucks Selbstmord begehen. Der Anstieg der Selbstmorde ist neu und auffällig. Zwar gibt es bei SSW Beratungsdienste für Arbeitende, denen betriebsbedingt gekündigt wurde, aber nicht alle nehmen diese in Anspruch, und selbst wenn sie es tun, können die wenigen Sitzungen nicht dazu führen, dass man die Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit, auf unbestimmte Zeit in Armut zu leben, akzeptiert.

Auf der anderen Seite hatten Leiharbeitende keinen Zugang zu solchen Diensten und mussten mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses allein fertig werden – da greifen sie oft zum Alkohol, wie uns ein Arbeiter erzählte. Er sagte, er habe während seiner Beschäftigung an den

Wochenenden getrunken, aber jetzt trinke er „jeden Tag, von morgens bis abends“. Nachdem er seinen Job verloren hatte, verließ ihn seine Frau und brach die Schwangerschaft ab, da sie kein Geld mehr hatte, um für ein weiteres Familienmitglied zu sorgen. Der Arbeiter erzählte unter Tränen von seinem Leidensweg. Er sagte: „Ich habe meinen Job bei Lonmin verloren. Die Leute von Sibanye haben uns gefeuert. Ich hatte einen Arbeitsvertrag. Danach verlor ich auch noch meine Frau... Meine Frau verließ mich, weil ich nicht mehr arbeite... Ich war jetzt im Dezember zu Hause und als ich dort ankam, war sie nicht da und ich hörte, dass sie ihre Schwangerschaft abgebrochen hat – mein Kind – und sie will mich nicht mehr... Sie nannte mich einen ‚Phara‘ (einen Kriminellen oder Drogenabhängigen)“.

Wenn ein Ernährer seinen Job verliert, sind die emotionalen und mentalen Herausforderungen sowie die soziale Stigmatisierung für Familien und Arbeiter immens. Das Umfeld und die strukturelle Gewalt verschärfen die Belastungen. Die daraus resultierenden Spannungen wurden in den letzten Jahren durch die Umstrukturierungen bei SSW, die pandemiebedingten Lockdowns und Arbeitsplatzverluste noch verschärft.

Kapitel 6

Auswirkungen auf die Umwelt

Der Bergbau hat unweigerlich Auswirkungen auf die Umwelt und verbraucht viel Wasser – eine knappe Ressource in Marikana. Nach Angaben eines von der Bench Marks Foundation interviewten Gemeindeaktivisten führt der Minenbetrieb in der Region zu negativen Auswirkungen auf die Umwelt, zu einer Verschlechterung des natürlichen Lebensraums und einem Nettoverlust der Artenvielfalt. Im ganzen Land hat es der Staat versäumt, Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen, so dass Arbeitende und Bergbaugemeinden gefährlichen Kohlenstoff- und anderen giftigen Emissionen von Minen, Schmelzöfen und Abraumhalden ausgesetzt sind.

Zwar hat SSW in Marikana versprochen, „die Umwelt Risiken, die unsere Aktivitäten für die Gemeinden in der Nähe unserer Betriebe darstellen, zu managen und zu mindern“, aber eine Gemeindeaktivistin und Gemeindegliedern haben festgestellt, dass der Betrieb immer noch verschiedene Emissionen erzeugt, die die Luft- und Wasserqualität in der Gegend beeinträchtigen. Schon kurz nach der Übernahme im Jahr 2019 meldete SSW, dass aus

dem „Rowland Corner-Damm für etwa 36 Stunden Abwasser in einen Nebenfluss des Klein Blesbokspruit ausfloss“. Aufgrund des hohen Salz- und Ammoniakgehalts, der die von der Umweltgesetzgebung empfohlenen Mindestwerte überstieg, beeinträchtigte diese Verschmutzung sauberes Oberflächen- und Grundwasser. In seinem „Integrated Report“ zum Jahresbericht 2021 meldete SSW, dass ein Teil der Abwässer aus seinen Betrieben ohne Einhaltung der Umweltsicherheitsvorschriften abgeleitet wurde (SSW Integrated Report 2021). Sibanyes Selbstauskunft hilft nicht weiter, da dieses Problem bereits seit 2012 besteht, ohne dass es zu Regressansprüchen gekommen wäre.

Dass SSW es in Marikana versäumt hat, seine Abfälle zu „managen und zu verringern“, hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, wovon die Gemeinden am stärksten betroffen sind und Frauen unverhältnismäßig stark unter den Folgen zu leiden haben. Die frühere Gemeinderätin berichtete, dass die Menschen, wenn der Staub in die Richtung weht, in der sie leben, „nichts mehr essen und kein Wasser mehr benutzen können, das dem ausgesetzt

Ein Lüftungsschacht der Mine mitten in Nkanini.





war... alles wird schwarz“. Die informellen Siedlungen, die Wohnheime und Wohnungen des Minenunternehmens befinden sich in der Nähe der Mine, und der Staub wird direkt zu ihnen geweht.

Außerdem berichtete sie von den Auswirkungen des „dicken schwarzen Rauchs“ aus Richtung Sibanye. Sie erzählte uns von Lebensmittelverkäuferinnen, die ihre Tageseinnahmen verloren haben, weil ihr Essen mit Staub bedeckt war; von einem alten Mann, der einen Orangenbaum bei sich zu Hause hat und der ihr einmal seine Orangen brachte: sie waren „ungenießbar, bedeckt mit einer dicken schwarzen Staubschicht aus dem Minendamm“. Mitglieder des Frauengartenprojekts Sikhala Sonke in Marikana erzählten uns auch von dem Wasser, das sie für die Gartenarbeit verwenden und das durch Minenabfälle verunreinigt ist. Dadurch wurde das Wachstum ihres Gemüses gehemmt. Das verunreinigte Grundwasser beeinträchtigt den Geschmack ihres Gemüses und lässt ihren Spinat und Salat salzig schmecken. Die Belastung durch Giftmüll hat also negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Menschen, ihre Lebensgrundlage, den Zugang zu sauberem Wasser und die Ernährungssicherheit. Vor allem Frauen sind davon betroffen, da sie aufgrund der Geschlechterrollen in erster

Linie für die Beschaffung von sauberem Wasser zum Kochen, Baden und Wäschewaschen zuständig sind. Sie verbringen Stunden damit, sauberes Trinkwasser zu finden und aus weit entfernten Tanks zu holen. Frauen üben auch Pflegetätigkeiten aus, wenn Familienmitglieder krank werden, da sie kontaminierte Luft eingeatmet oder mit Giftstoffen versetztes Wasser getrunken haben.

Kapitel 7

Solidarität zwischen Gemeinden und Arbeiter:innen

Durch den Streik in Marikana konnten die Arbeitenden und die Gemeinde ihre Kämpfe miteinander verbinden. Dabei ging es sowohl um die Verbesserung der Arbeits- als auch der Lebensbedingungen. Marikana zeigte die Notwendigkeit einer Beziehung zwischen dem Kampf am Arbeitsplatz und in der breiteren Gesellschaft. Zunächst gipfelte diese Erkenntnis darin, dass ein starkes Bündnis zwischen Aktivist:innen der Gemeinde und Aktivist:innen am Arbeitsplatz gebildet wurde. Es wurde festgestellt, dass die unzureichende Erbringung von Dienstleistungen in der Gemeinde mit den schlechten Arbeitsbedingungen und der schlechten Entlohnung am Arbeitsplatz zusammenhängt. Während die Gemeindeaktivist:innen hervorhoben, dass sie sich der Bedeutung dieses Bündnisses sehr bewusst sind, schienen die Aktivist:innen am Arbeitsplatz demgegenüber gleichgültig zu sein. Die Gemeinderätin wandte sich immer wieder an Gewerkschaftsführer:innen, die selbst in den informellen Siedlungen leben. Sie berichtete, dass diese „verwirrt sind, warum ich ihnen von den Problemen der Gemeinde berichte. Als ich einmal mit ihnen über Sicherheit

sprach, musste ich das Beispiel eines Arbeiters anführen, der zu Brei geschlagen wurde, als er sich in den frühen Morgenstunden auf den Weg zur Arbeit machte“. Ihrer Meinung nach schienen die Gewerkschafter:innen die von ihr hergestellte Verbindung zwischen Kriminalität und Straßenbeleuchtung als Arbeitsplatzproblem anzuerkennen, aber es wurde niemals etwas unternommen. Sie meinte, dass die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren nur Lippenbekenntnisse zur Zusammenarbeit mit der Gemeinde abgegeben haben. Offensichtlich konzentrieren sie sich ausschließlich auf Fragen des Arbeitsplatzes und trennen die Kämpfe zwischen dem Arbeitsplatz und der Gemeinde.

Diese mangelnde Wertschätzung für die Verbindungen zwischen diesen beiden Bereichen erklärt teilweise, warum die vorherrschende Gewerkschaft schwächer wird und in der Gemeinde nicht mehr so viel Wertschätzung erfährt wie früher. Infolge dieser Entfremdung ist das Bündnis zwischen Gewerkschaftsführer:innen und Aktivist:innen der Gemeinde in den letzten fünf Jahren erheblich geschwächt worden.



Kapitel 8

Erinnern, erneuern – ausradieren

Das Unternehmen SSW hat seit der Übernahme von Lonmin im Juni 2019 Veranstaltungen und Gedenkfeiern im Zusammenhang mit dem Massaker von Marikana veranlasst. Einige davon wurden im Rahmen des vom Erzbischof der Anglikanischen Kirche des Südlichen Afrika, Thabo Makgoba, initiierten und geleiteten „Marikana Renewal Programme“ koordiniert. Das Programm setzt das um, was SSW als „Letsema-Prozess“ beschreibt, einen Vertrauensprozess für den sozialen Zusammenhalt, mit dem Ziel, die Vision und die sozioökonomischen Entwicklungsprogramme gemeinsam mit allen Interessenvertretern zu entwickeln.

SSW organisierte im Jahr 2020 einen Gedenkvortrag von Südafrikas ehemaliger staatlicher Ombudsfrau, Thuli Madonsela. In Ergänzung zu diesem Gedenkvortrag wurde am Eingang der Marikana-Schachtanlagen ein Denkmal, die „Mauer der Erinnerung“, errichtet, die im August 2020 enthüllt wurde. Die Steinmauer trägt die Namen aller 44 Opfer vom August 2012 und ist mit Sicherheitsgittern verbarrikiert. Es ist eine Mauer, die die Erinnerung aber eher ausradiert: eine verbarrikierte, unscheinbare Mauer an der Arbeitende und Besucher:innen der Schächte vorbeigehen, ohne anzuhalten und sich mit dem auseinanderzusetzen, was sie darstellt. Der Sicherheitszaun beschränkt den Zugang zum Denkmal, weil angeblich befürchtet wird, dass einige verärgerte Menschen, die vom Gedenkprozess ausgeschlossen wurden, das Denkmal niederreißen könnten.

Aus den empirischen Erkenntnissen der Interviews ergeben sich eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Art und Weise, wie SSW mit der „Mauer der Erinnerung“ und dem Gedenken an das Massaker von Marikana umgeht. Zunächst einmal war die Art und Weise, wie das Denkmal errichtet und die Gedenkfeier organisiert wurde, so angelegt, dass sie eine einseitige oder verzerrte Sicht auf das Ereignis widerspiegelte. Beispielsweise erwähnt SSW auf der Mauer nicht, dass es sich bei dem Ereignis um ein Massaker handelte, sondern spricht stattdessen von „gefallenen Kollegen und Kameraden“. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Rehabilitation und nicht auf der Verantwortlichkeit. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Arbeiter in einem nationalen Krieg und nicht durch ein Massaker gestorben sind. Zwar argumentiert SSW, dass es die Tradition und die Rituale der Menschen respektiert, doch laut der Witwe, dem verletzten Arbeiter und einigen Gemeindemitgliedern spricht bei dem Vorgehen des Unternehmens nichts für ein respektvolles Gedenken an das Massaker von Marikana. Der verwundete Arbeiter und

einige Gemeindemitglieder wussten nicht einmal, dass es eine Mauer der Erinnerung gibt oder wo sie sich befindet. Sie wurden nicht konsultiert oder eingeladen. Die Witwe sagte, dass sie erstaunt war, als sie von der Mauer erfuhr. Die Mehrzahl der Familien war in keiner Phase des Baus der Mauer einbezogen worden. Das ist bei weitem der schlimmste und kulturell unsensibelste und respektloseste Akt, den man in einem afrikanischen Kontext begehen kann: ein Ritual oder eine Zeremonie für die Toten abzuhalten, ohne ihre Familien zu konsultieren.

Aus einem der Interviews ging hervor, dass das Unternehmen keine Fehler darin sah, die Witwen und Familien der 34 am 16. August getöteten Arbeiter nicht über die Gedenkstätte zu informieren, zu konsultieren oder zur Gedenkfeier einzuladen. SSW antwortete nach Angaben des Interviewten auf die Beschwerden der 34 Familien mit den Worten: „Die Mine ist der Meinung, dass die ‚Mauer der Erinnerung‘ Teil ihrer eigenen betrieblichen Reaktion ist ... – keine Reaktion auf die Familien – sondern das Unternehmen gedenkt der Menschen, die in ihrem Betrieb ums Leben gekommen sind. Sie werden die Wünsche der Familien zu einem späteren Zeitpunkt respektieren, aber hier ging es um das Unternehmen selbst, weil es Beschäftigte verloren hatte.“ Diese Äußerung spricht Bände. Ganz so, als ob die Familien keine Bedenken oder Beschwerden äußern dürften, betont SSW immer wieder, dass es 141 Begünstigte kontinuierlich unterstützt: darunter Witwen durch Arbeitsplätze, Beratung und den Bau von Häusern und durch die Ausbildung von 89 Familienangehörigen. SSW behauptet, dass dies Teil seiner Bemühungen ist, die Opfer der sogenannten „Marikana-Tragödie“ anzuerkennen.

Die Interviews mit einer Witwe und verletzten Arbeitern bestätigen, dass ein Teil der Unterstützungsleistungen erbracht, aber auch kritisiert wurde. Die verwundeten Arbeiter, von denen die meisten dauerhaft oder immer noch schwer gelähmt sind, äußerten sich besorgt über selektive Gedenken und die Entschädigung durch SSW und den Staat, während sie aus der Erinnerung verschwinden und in Einsamkeit und Elend leben. Ein verwundeter Arbeiter stellte die Frage: „Wie konnte es geschehen, dass die einzigen Opfer des Massakers die Witwen und ihre Familien sind und nicht wir?“ Er empfand die Nichtanerkennung seiner Opferrolle und die damit erforderliche Entschädigung, ähnlich wie bei den Witwen, als große Ungerechtigkeit, als Salz in seiner Wunde. In der Gemeinde wurde viel über das Gefühl der Ungerechtigkeit gegenüber den verwundeten Arbeitern berichtet. So meinte die Parlamentarierin: „Ich würde mir wünschen,

dass das Unternehmen und die Regierung für die Kinder der schwer verwundeten Männer das Gleiche tun würden wie für die Kinder der Witwen. Denn unsere Kinder können nicht zur Schule gehen, weil wir nicht arbeiten können, um den Lebensunterhalt für unsere Familien zu verdienen. Wir besitzen keine Häuser und erhalten nicht einmal das Geld, das andere Familien bekamen.“ Auch die verwundeten Arbeiter wurden von SSW nicht zum Denkmal befragt.

Es könnte argumentiert werden, dass die Gedenkfeier und die Enthüllung der Mauer während der strengen Restriktionen im Kontext von COVID-19 im Jahr 2020 stattfand. Die Witwen führen an, dass die Mine selektiv einige der Witwen der zehn Arbeiter eingeladen hat, die vor dem 16. August gestorben sind und nur einige der Witwen der 34 Arbeiter. Da man acht Jahre mit dem Bau der Mauer gewartet hatte, stellten die Witwen und

die Gemeindemitglieder die Frage: „Wäre es nicht besser gewesen, noch ein paar Monate zu warten, bis die COVID-19-Versammlungsverbote aufgehoben werden?“ Die Betroffenen wollten in die Gestaltung des Gedenkens mit einbezogen werden. Die Parlamentarierin ergänzte: „Niemand weiß wirklich etwas darüber ... sogar die Arbeiter ... sie waren wütend. Und niemand scherte sich darum... Es wurde niemand eingeladen. Die Mine hat das einfach auf eigene Faust gemacht“.

All dies ist letztendlich Teil der Verharmlosung dessen, was in Marikana wirklich passiert ist, und es ist Teil einer geschmacklosen Form des Verschweigens und Ausradierens. Dabei handelt es sich um eine sehr gezielte Maßnahme, um eine bestimmte Erinnerung zu erzeugen und zugleich Empathie zu zeigen. Die Arbeitenden und die Gemeinde sind der Ansicht, dass SSW sich das Gedenken an die Toten aneignet, um sein Image aufzupolieren



Die Mauer der Erinnerung vor dem Betriebsgelände ist straßenseitig durch einen Zaun verdeckt (kleines Bild).

und das bestehende Narrativ zu seinen Gunsten zu verändern. Die Interviewten schienen die leeren Versprechungen von Lonmin den Respektlosigkeiten von SSW vorzuziehen. Zwar mag der Bau der Mauer als positive Veränderung

angesehen werden, doch haben die Witwen der Arbeiter, die verletzten Arbeiter und diejenigen, die im Streik von 2012 aktiv waren, das Gefühl, dass sie von dem Gedenken an das Massaker ausgeschlossen wurden.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen der Interviews von den befragten Arbeiter:innen, Witwen und Familien, Gewerkschafter:innen sowie Mitgliedern der betroffenen Gemeinden geäußert. Viele ihrer Forderungen wurden bereits 2012 erhoben und bestehen auch im Jahr 2022 noch.

Forderungen an Sibanye-Stillwater

- Beendigung der Zusammenarbeit mit Leiharbeitsfirmen, die die Arbeitsvorschriften umgehen und den Arbeitnehmenden keinen existenzsichernden Lohn zahlen.
- Teilhabe der Arbeitenden in unterschiedlichen Strukturen des Unternehmens, echtes Mitspracherecht in Arbeitsplatzfragen und Verpflichtung zu einem ehrlichen Tarifverhandlungsprozess.
- Umfassende Zusammenarbeit in der Erarbeitung und Umsetzung von SLPs mit allen betroffenen Gemeinden (derzeit sind Gemeinden wie Nkanini ausgeschlossen).
- SSW soll sich nicht seiner Verantwortung entziehen, die Lebensbedingungen in Nkanini als Teil des Mandats der Bergbau-Charta zu verbessern.
- Transparenz über die Fortschritte bei den SLPs und Durchführung von Sozialaudits mit Beobachtenden aus den Gemeinden.
- Umsetzung von Prioritätsplänen für die Gemeinden und nicht das, was das Unternehmen und ihre Beratern für wichtig halten.
- Aufbau einer engeren Beziehung des Unternehmens zu den örtlichen Gemeinden und zu den Leiharbeitenden und den direkt Beschäftigten.
- Einbeziehung aller Betroffenen in Bezug auf die Gedenkstätte für das Massaker – sei es auf dem Firmengelände oder auf dem Koppie.
- Ordentliche medizinische Versorgung für die bei dem Massaker verwundeten Arbeiter, auch nach Rückkehr in ihre Heimat.
- Gesundheitsversorgung auf Lebenszeit, da einige von den Verwundeten gelähmt sind.
- Wiedergutmachung und Unterstützung für sie und ihre Familien – in gleicher oder ähnlicher Weise wie für die Witwen und Familien der erschossenen Arbeiter.

Forderungen an den südafrikanischen Staat

- Die Gemeinde soll gehört und auf ihre Beschwerden eingegangen werden.
- Eine Entschuldigung und gerechte Entschädigung für die erlittenen Verluste.
- Umsetzung der Empfehlungen der Farlam-Kommission und Einleitung weiterer Untersuchungen, sofern von den Familien gefordert.
- Strafverfolgung derjenigen, die die Arbeiter in Marikana erschossen haben.
- Der 16. August soll zum Feiertag erklärt werden, um diesen Tag in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern und der getöteten Arbeiter zu gedenken, die im Kampf für einen existenzsichernden Lohn gestorben sind.
- Durch das Department of Mineral Resources (DMR) soll der Aufbau eines guten Verhältnisses zwischen den lokalen Gemeinden und den Bergbauunternehmen gefördert werden, um sicherzustellen, dass die Bergbauunternehmen ihren Auftrag im Sinne der Bergbau-Charta erfüllen, zum Beispiel die Verpflichtung zur Unterbringung und zum Umweltschutz.
- Über das Ministerium für Beschäftigung und Arbeit soll sichergestellt werden, dass die Stimme der Arbeitnehmenden auf allen Ebenen respektiert und geschützt wird, dass die schwindende Stimme der organisierten Arbeiterschaft in Marikana geschützt wird.

Forderungen an BASF

- Konstanten Druck auf seine Lieferanten ausüben, um die lokalen Missstände zu beseitigen, anstatt ihnen auszuweichen.
- In Erwägung ziehen, Basisgruppen zu unterstützen und zu stärken, die sich für die Marikana-Gemeinde, die Minenarbeiter und für Gerechtigkeit einsetzen.

Kapitel 9

Fazit

In den letzten zehn Jahren gab es in Marikana eine Reihe von Veränderungen und Kontinuitäten, sowohl am Arbeitsplatz als auch in den Gemeinden. Die bedeutendste Veränderung war die Übernahme von Lonmin durch SSW. Sie stellt ein Ende der bisherigen Methoden der Minenarbeit und des Umgangs mit der Gemeinde und den Arbeitenden dar. Der Einstieg von SSW als neues Bergbauunternehmen in Marikana hat jedoch auf der anderen Seite eine andere Kultur und andere Wege der Organisation des Bergbaus, der Gemeinde und der Arbeitenden eingeführt.

Die Übernahme hat zu Einsparungen und zur Verdrängung einiger fest angestellter Arbeitskräfte sowie von Leiharbeitenden geführt. Damit wurde die Kluft und Hierarchie zwischen Festangestellten und Leiharbeitenden verstärkt. Diese Spaltung wurde dadurch weiter verfestigt, dass die Gewerkschaft überwiegend fest angestellte Arbeitskräfte betreut, während sie die Leiharbeitenden in einem permanenten Zustand der Prekarität belässt. Einige nahmen nie am Kampf von 2012 teil und sind entsprechend weniger militant. Sie haben keine enge Verbindung zu dem Massaker und sind auch nicht der Arbeitersolidarität verpflichtet. All dies trägt zur Demobilisierung der Arbeitenden bei.

Eine von den interviewten Personen hervorgehobene Veränderung ist der Rückgang der Arbeitnehmendenvertretung und die Missachtung der Stimme der Arbeitenden auf verschiedenen Ebenen innerhalb von SSW. Es wurde gesagt, dass die Stimme der Arbeitenden durch Angst und Einschüchterung ersetzt worden sei. Gleichzeitig wurde echten Tarifverhandlungen bei SSW der Boden entzogen. Die Arbeitenden haben daher das Vertrauen in die Gewerkschaft verloren, was sich nachteilig auf die Arbeitsbeziehungen und die zukünftige Politik auswirkt.

In der Praxis gibt es eine Reihe von Widersprüchen zwischen der Art und Weise, wie SSW seine Gesundheitsschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen umsetzt, und der Art und Weise, wie es Produktionsprämien vergibt. Der Zwang, die Produktionsziele zu erreichen, steht nicht im Einklang mit den Gesundheitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen. Auf diese Weise wird in vielerlei Hinsicht Druck auf einige der Arbeitsteams ausgeübt, die Gesundheitsschutz- und Sicherheitsprotokolle zu umgehen, um sich Produktionsprämien zu sichern. Es ist notwendig, ein Gleichgewicht zwischen beidem herzustellen und den Druck zu vermeiden, der die Arbeitenden zu riskantem Verhalten verleitet.

Ein anderer wichtiger Wandel bei Sibanye ist der absichtliche Versuch, eine neue Unternehmenskultur und neue Arbeitsweisen zu schaffen. Dies ist mit dem Versuch verbunden, die alten Normen, Werte, Einstellungen und Vorgehensweisen zu zerstören, die während der Ära Lonmin vorhanden waren. Mit den neuen Werten ist eine wachsende Unsicherheit und Prekarität verbunden. Dies steht im Zusammenhang mit der extremen Ausbeutung, die mit einer Verzweiflung der Arbeitenden einhergeht und schlechte Lebensbedingungen sowie mentale, emotionale, soziale und wirtschaftliche Krisen hervorruft oder reproduziert. Nachdem Lonmin die Bühne verlassen hatte, blieb eine Krise im Bereich der Produktion zurück, die durch massive Einsparungen, willkürliche Entlassungen und so weiter gekennzeichnet war. Auch nach dem Niedergang von Lonmin war die Krise im Produktionsbereich nicht beendet. Diese Krise mündete in eine soziale Krise, die durch Kriminalität, Selbstmord und Gewalt gekennzeichnet ist.

Die empirischen Belege zeigen eine Reihe von Problemen bei der Konzeption und Durchführung der SLP in Marikana auf. Die Beweise lassen darauf schließen, dass es an einer umfassenden Konsultation bei der Formulierung des SLP und der Verpflichtung von SSW mangelt, diesen umzusetzen, sobald er von den zuständigen Behörden genehmigt und unterzeichnet wurde. Bisher hat SSW über die teilweise abgeschlossenen 18 SLP-Projekte berichtet. Hierzu gehören eine gerichtsmedizinische Leichenhalle in Brits, ein Mehrzweck-Gemeinschaftszentrum für ältere und behinderte Menschen in Segwaelane, ein Ausbau der medizinischen Versorgung in den Kliniken in Majakaneng und Sonop sowie eine Verbesserung der Sportplätze in Segwaelane, die alle im Gebiet der traditionellen Verwaltung der Bapo liegen. Keines dieser SLP-Projekte umfasst die informellen Siedlungen, in denen viele Arbeitende leben. Alle umgesetzten Projekte fokussieren sich auf die größere Bapo-Gemeinde. Die informellen Siedlungen, in denen viele der Arbeitenden von SSW leben, werden nicht berücksichtigt. Hier stellt sich die Frage, wie ernsthaft es SSW mit seinen guten Vorsätzen bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rahmen der Bergbaucharta ist.

In den letzten fünf Jahren nach der Übernahme durch SSW hat sich das Verhältnis zwischen dem Bergbauunternehmen und der lokalen Gemeinde verschlechtert. Aus empirischen Untersuchungen geht hervor, dass es SSW an Engagement mangelt, um eine aufrichtige Beziehung zwischen Arbeitenden und der örtlichen Nkanini-Gemeinde

aufzubauen. Der Umgang von SSW mit der lokalen Gemeinde in Marikana lässt Verständnis für den lokalen Kontext und Empathie für das Trauma, das die Gemeinde erlitten hat, vermissen. Es gibt keine umfassenden Konsultationen mit den Interessenvertreter:innen der lokalen Gemeinde, um sicherzustellen, dass Entscheidungen vor dem Hintergrund des lokalen Kontextes getroffen werden.

Auch die Frage der Entschädigung der verwundeten Arbeiter und Witwen ist noch nicht geklärt. Die empirischen Belege deuten darauf hin, wie ungerecht die Witwen und verletzten Arbeiter von SSW behandelt werden. Es besteht der Eindruck, dass einige eine bessere Entschädigung erhalten haben als andere.

Ein Teil der Probleme in Marikana hängt mit den historischen ethnischen Spannungen zwischen den verschiedenen lokalen Gemeinden und der zugewanderten Bevölkerung zusammen, die sich in Nkanini niedergelassen hat. Es gibt eine ethnische Kluft zwischen den Menschen, die in den informellen Siedlungen leben, und denen, die in der angrenzenden Bapo-Gemeinde leben. Der Grund für diesen ethnischen Konflikt liegt in der Geschichte der Apartheid und des Kolonialismus, die von der Schaffung sozialer Unterschiede lebten. Aus empirischen Belegen geht hervor, dass SSW nicht in der Lage war, sein Mandat jenseits dieser ethnischen Politik auszuführen, wie seine selektive Beteiligung an der Formulierung und Umsetzung von SLPs zeigt. Die offensichtliche Ausrichtung auf eine der Fraktionen schränkt seine Fähigkeit ein, sein Mandat im Sinne der Bergbaucharta zu erfüllen. In Problemfällen wie dem vorliegenden kann der Staat über das DMR eine entscheidende Rolle einnehmen, indem er gewährleistet, dass es den Aufbau aufrichtiger Beziehungen zwischen Bergbauunternehmen und den lokalen Gemeinden umfassend fördert, ohne eine Partei auszuschließen oder ihr den Vorrang vor der anderen zu geben. Auf diese Weise würde gewährleistet, dass die Bergbauunternehmen ihren Auftrag oder ihre Verpflichtung zur Verbesserung der Lebensqualität in den angrenzenden Gemeinden erfüllen.

Eine weitere wichtige mit dem Marikana-Massaker verbundene Veränderung ist, wie dies das Bewusstsein sowohl der Gemeinde als auch der Arbeitenden geweckt hat. Sowohl die Arbeitenden als auch die Gemeindeglieder lernten ihre Rechte und ihre Position in einem größeren Kampf besser kennen. Sie verbanden daraufhin ihre Kämpfe und betrachteten sich gegenseitig als Verbündete. In den vergangenen Jahren scheint sich dies jedoch aufgrund der zahlreichen Veränderungen am

Arbeitsplatz und in der Gesellschaft insgesamt zu ändern. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass dieses Bewusstsein der Arbeiter in Marikana verschwindet. Sie scheinen nur noch Lippenbekenntnisse zu den Kämpfen außerhalb des Arbeitsplatzes abzugeben, wobei es ihnen nicht gelingt, die Verbindungen zwischen den Kämpfen in den beiden Bereichen zu artikulieren. Dadurch wird ihr Erfolg in ihren gemeinsamen Anstrengungen für bessere Lebensverhältnisse und Gerechtigkeit eingeschränkt.

Eine der wichtigsten Auswirkungen, vor allem in den letzten fünf Jahren, ist das wachsende Misstrauen zwischen der Gewerkschaft und den langjährigen Leiharbeitenden. Sie haben sich an dem Kampf für die Verbesserung der Bedingungen der Minenarbeiter beteiligt. Sie waren gemeinsam mit allen anderen Arbeitenden auf dem Koppie präsent. Allerdings verschlechterte sich ihr Verhältnis zur Gewerkschaft, nachdem diese sie bei den Verhandlungen mit SSW über Einsparungen als Verhandlungsmasse benutzt hatte.

In den letzten fünf Jahren hat sich auch der Umgang mit dem Denkmal für das Marikana-Massaker stark verändert. In der Vergangenheit wurde die Marikana-Gedenkfeier von der AMCU in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und den Familien der Opfer organisiert. SSW hat jedoch eigenmächtig ein Denkmal zur Erinnerung an das Marikana-Massaker errichtet. Dies geschah nicht transparent und wichtige Interessenvertretende wie die Familien der Opfer, die Gemeinde und die Gewerkschaften wurden nicht konsultiert. Hier stellt sich die Frage nach der möglicherweise kalkulierten Absicht, die Geschichte auszuradieren und neu zu schreiben.

Die Forderung nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen in Nkanini stand im Mittelpunkt des Kampfes in Marikana. Aus den empirischen Belegen geht hervor, dass sich ein Jahrzehnt nach dem Massaker die allgemeinen Lebensbedingungen in Nkanini nicht verändert haben. Nkanini befindet sich nur wenige Meter von den Minenbetrieben von SSW entfernt und ist Teil der dortigen Gemeinde. SSW war jedoch nicht in der Lage, sich um die Lebensbedingungen zu kümmern, auch weil es in den Konflikt zwischen den beiden Hauptfraktionen der lokalen Gemeinde verwickelt ist. Dies erschwert es SSW, sein Mandat zur Verbesserung der Lebensqualität der Gemeinde wahrzunehmen. Eine der Herausforderungen bei der Problemlösung im Hinblick auf die Lebensbedingungen in Nkanini ist der Streit um das Land, das sich im Besitz der traditionellen Verwaltung der Bapo befindet. Diese Tatsache bedeutet jedoch nicht, dass es

keine Alternativen zur Lösung dieses hartnäckigen Problems gibt. Zu den Lösungsmöglichkeiten gehört die Identifizierung von alternativem Land für die Umsiedlung. SSW könnte dabei eine aktive Rolle spielen.

Der Umstand, dass sich zehn Jahre nach dem Massaker kaum etwas geändert hat und sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen in einigen Fällen sogar verschlechtert haben, zeigt, wie uneinsichtig die sind, die über Macht verfügen. Wie bereits oben angedeutet, muss das Leben in Marikana im Jahr 2022 mit den beträchtlichen Gehältern von Managern des Bergbausektors verglichen werden; im vorliegenden Fall mit den Einkünften von Sibanye-CEO Neal Froneman, der im Geschäftsjahr 2021 300 Millionen Rand verdiente. Es war Froneman, der sich weigerte, den Arbeitenden einige ihrer Lohn- und sonstigen Forderungen zu erfüllen. Ironischerweise räumt Froneman in seiner Begründung für die Auszahlung der 300 Millionen Rand auch ein, dass „wir einen enormen Wert für unsere Aktionär:innen geschaffen haben“ und „wir ein Team sind“. Ganz offensichtlich wurde der Wert nicht für die Arbeitenden oder Marikana geschaffen, da er nicht zu ihnen 'durchgesickert' ist. Soweit es um die Renditen geht, schließt das „Wir“ in seiner Erklärung die Arbeitenden aus, die das Erz physisch ausgraben und abbauen und dabei ihren Körper und ihr Leben aufs Spiel setzen.

Die Zurückweisung von Forderungen der Arbeitenden und der Gemeinde, die in den vergangenen zehn Jahren unmissverständlich artikuliert wurden, wirft moralische Fragen hinsichtlich der Minenarbeit und des Ethos von Sibanye-Stillwater und der Einhaltung der Menschenrechte auf. Die interviewten Personen benutzten durchgehend das Wort „Würde“, um ihre Forderungen zu formulieren: „Wir wünschen uns würdevolle Lebensbedingungen“ oder „Wir wollen Würde“. Keine:r möchte in einer Wellblechhütte leben, ob er:sie nun beschäftigt ist oder nicht. Die Mine – und der Staat – haben die Verpflichtung, ihren Arbeitenden eine menschenwürdige und grundlegende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die ein Leben in Würde garantiert.

Abkürzungen

AMCU	Association of Mineworkers and Construction Union (südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft)
ANC	African National Congress (Afrikanischer Nationalkongress)
BMF	Bench Marks Foundation (Stiftung, die sich unter anderem für Menschenrechte im Bergbau einsetzt)
CALS	Centre of Applied Legal Studies (Zentrum für angewandte Rechtsstudien)
COVID-19	Corona-Virus 2019/SARS CoV-2
DMR	Department of Mineral Resources (Ministerium für Bodenschätze)
HR	Human Resource (Personalmanagement)
IDPs	Integrated Development Plan (Integrierter Entwicklungsplan)
LOA	Living Out Allowance (Wohngeld)
LRC	Legal Resource Centre (südafrikanische NGO, die anwaltschaftliche Arbeit unter anderem für von Bergbau betroffene Gemeinden übernimmt)
MPRDA	Mineral and Petroleum Resources Development Act of 2002 (Gesetz zur Förderung von Mineralien und Erdölressourcen)
NGOs	Non-Governmental Organisations (Nichtregierungsorganisationen)
NUM	National Union of Mineworkers (Nationale Gewerkschaft der Minenarbeiter)
RDO	Rock Drill Operator (Bohreräteführer)
SA	South Africa (Südafrika)
SLP	Social and Labour Plan (Sozial- und Arbeitspläne)
SAFTU	South African Federation of Trade Union (Südafrikanischer Gewerkschaftsbund)
SERI	Socio-Economic Rights Institute (Institut für sozioökonomische Rechte)
SSW	Sibanye-Stillwater
VSP	Voluntary Severance Packages (Freiwillige Abfindungspakete)

Literaturverzeichnis

- Alexander, P. Lekgowa, T. Mmope, B. Sinwell, L. and Xezwi, B. 2013. Marikana: A View from the Mountain and a Case to Answer. Johannesburg: Jacana Media
- Alexander, P., 2013. Marikana, turning point in South African history. *Review of African Political Economy*, 40(138), pp.605-619
- Amnesty International, 2016, „Smoke and Mirrors: Lonmin’s failure to address housing conditions at Marikana“, Amnesty International 2016. www.amnesty.org/en/documents/afr53/4552/2016/en/
- Bahadur, A., Kadel, L., Lincoln, S., 2017, „Platinum for the World Market – Iron Shacks for the Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre“, Brot für die Welt 2017 www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse75-Nd1-en-v01-Web.pdf, p. 26
- BASF-Bericht 2021. https://bericht.basf.com/2021/de/_assets/downloads/entire-basf-gb21.pdf, p. 83
- BASF. Marikana 2021. BASF Website. www.basf.com/global/de/who-we-are/sustainability/we-source-responsibly/marikana.html
- Becker, B., Grimm, M., Krameritsch, J, 2018. Zum Beispiel BASF. p.31
- Bega, S. 2014, „Marikana Victims also had deadly mine disease, says expert“, *Weekend Argus*. 16 august 2014. www.pressreader.com/south-africa/weekend-argus-saturday-edition/20140816/281663958168893
- Benchmarks Foundation (BMF), 2012, „A Review of Platinum Mining in the Bojanala District of the North West Province“ www.benchmarks.org.za/wp-content/uploads/2021/02/rustenburg_review_policy_gap_final_aug_2012.pdf
- Benya, A. 2017. Going underground in South African platinum mines to explore women miners’ experiences. *Gender & Development*, 25(3), 509-522.
- Benya, A., 2016. Women in mining: Occupational culture and gender identities in the making (Doctoral dissertation, University of the Witwatersrand, Faculty of Humanities, School of Social Science).
- Benya, A. 2015a. The invisible hands: women in Marikana. *Review of African Political Economy*, 42(146), 545-560.
- Benya, Asanda. 2015, „South Africa’s 21 Years of Democracy: Reflections on Living Conditions in Marikana“. www.amphibiousaccounts.org/#!/publicacion/22
- Benya, Asanda. 2015b. „Marikana: The Absence of Justice, Dignity and Freedom?“. Rodriguez-Garavito, C. Human Rights in Minefields: Extractive Economies, Environmental Conflicts and Social Justice in the Global South. *Dejusticia Series*. Ediciones Antropos, Bogota, Colombia www.dejusticia.org/files/r2_actividades_recurso/fi_name_recurso.752.pdf Chapter 9, pp 260-297
- Bezuidenhout, A. and Buhlungu, S., 2011. From compounded to fragmented labour: Mineworkers and the demise of compounds in South Africa. *Antipode*, 43(2), pp.237-263.
- Bezuidenhout, A. and Buhlungu, S., 2015. Enclave Rustenburg: platinum mining and the post-apartheid social order. *Review of African Political Economy*, 42(146), pp.526-544.
- Björnsson, O. 2018. „Carrying the Costs. Human rights impacts in communities affected by platinum mining in South Africa, and the responsibilities of companies providing mining equipment. www.swedwatch.org/wp-content/uploads/2018/02/Carrying-the-costs_full-report.pdf
- BMAS 2021. Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten. Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Referentenentwurfe/ref-sorgfaltspflichtengesetz.pdf;jsessionid=A17E89E5AoBE-94524ADCC2462FE52E6E.delivery2-replication?_blob=publicationFile&v=2 p.1f. Bearbeitungsstand: 28.02.2021
- Bond, P., 2013. Debt, Uneven Development and Capitalist Crisis in South Africa: from Moody’s macroeconomic monitoring to Marikana microfinance mashonisas, *Third World Quarterly*, 34:4, 569-592, DOI: 10.1080/01436597.2013.786283
- Bowman, A., 2018. Financialization and the extractive industries: The case of South African platinum mining. *Competition & Change*, 22(4), pp.388-412.
- Business Day. www.businesslive.co.za/bd/companies/mining/2019-09-25-sibanye-to-axe-up-to-5270-people-from-former-lonmin-mines/
- Capps, G., & Mnwana, S. 2015. Claims from below: platinum and the politics of land in the Bakgatla-ba-Kgafela traditional authority area. *Review of African Political Economy*, 42(146), 606-624.
- Chinguno, C. 2013. Marikana and the post-apartheid workplace order. Johannesburg: Sociology, Work and Development Institute, University of the Witwatersrand.
- Chinguno, C., 2013. Unpacking the Marikana massacre. *Global labour Column*.
- Forslund, D, 2015, Briefing on the report *The Bermuda connection: profit shifting, inequality and unaffordability at Lonmin 1999-2012*, *Review of African Political Economy*, 42:146, 657-665, DOI: 10.1080/03056244.2015.1085217
- Donham, D. L. 2011. *Violence in a Time of Liberation: Murder and Ethnicity at a South African Gold Mine, 1994*. Durham; Duke University Press.
- Du Venage, G., 2019. Strike at Sibanye-Stillwater Disrupts Operations. *Engineering and Mining Journal*, 220(1). www.proquest.com/docview/2172581165?fromopenview=true&pq-origsite=gscholar
- Eyewitness News. 2018. LONMIN SAYS MORE THAN 12,000 JOBS AT RISK OVER NEXT THREE YEARS. <https://ewn.co.za/2017/12/15/lonmin-says-more-than-12-000-jobs-at-risk-over-next-three-years>.
- Forrest, K., 2015. Rustenburg’s labour recruitment regime: shifts and new meanings. *Review of African Political Economy*, 42(146), pp.508-525.

- Grimm, M. Krameritsch, J. & Becker, B. 2018. *Business as Usual After Marikana: Corporate Power and Human Rights*, Jacana, Johannesburg, pp 104-129, English translations. ISBN 978-1-928232-57-5
- Holston, J. 2008. *Insurgent Citizenship*. New Jersey: Princeton University Press.
- Ho, Ufrieda, 2022, „Justice for Marikana community suffers a blow after activist gunned down at her front door“ Daily Maverick, www.dailymaverick.co.za/article/2022-06-28-justice-for-marikana-community-suffers-a-blow-after-activist-gunned-down-at-her-front-door/
- IOL, 2014. Miners' debt up after Amcu strike. www.iol.co.za/business-report/companies/miners-debt-up-after-amcu-strike-1736614#.VEezHE1xm1s
- Keetharuth, S. 2021, What happens underground stays underground: A study of experiences of gender based violence and sexual harassment of women workers in the South African Mining Industry. Lawyer for Human Rights.
- <https://internationalwim.org/wp-content/uploads/2021/07/South-Africa.Publication.What-Happens-Underground-Stays-Underground.04.2021.pdf>
- Khumalo, S., 2020 . Sibanye completes Marikana restructuring, cuts 1 142 jobs. News24. www.news24.com/fin24/Companies/Mining/sibanye-completes-marikana-restructuring-cuts-1-142-jobs-20200116
- Mail & Guardian. 2015. [From our archives] Remembering Marikana: Is this all that 44 men's lives are worth?. <https://mg.co.za/article/2015-07-02-is-this-all-that-44-mens-lives-are-worth/>
- Marikana Commission of Inquiry Report, 2015. „Marikana commission of inquiry: Report on matters of public, national and international concern arising out of the tragic incidents at the Lonmin mine in Marikana, in the North West Province.“ Government Printer, South Africa. www.sahrc.org.za/home/21/files/marikana-report-1.pdf.
- Marikana Justice. (n.d). Summary Of The Key Findings & Recommendations Made By The Farlam Commission. www.marikanajustice.co.za/wp-content/uploads/2016/10/Summary-of-the-Farlam-Commission-Report.pdf.
- Marinovich, G., 2017, „Murder at Small Koppie: The Real Story of South Africa's Marikana Massacre“, Penguin Random House, South Africa
- Mayer, D., 2019. More than 5,000 mining jobs to be lost in Marikana restructuring. Sowetan Live. www.sowetanlive.co.za/news/south-africa/2019-09-25-more-than-5000-mining-jobs-to-be-lost-in-marikana-restructuring/
- Minerals Council White Paper on Women in Mining 2020; <https://internationalwim.org/wp-content/uploads/2020/05/minerals-council-white-paper-on-women-in-mining.pdf>
- Naicker, C. 2017, The Short life and times of Bhele Dlunga of Marikana, Africa is a Country, <https://africasacountry.com/2017/10/the-short-life-and-times-of-bhele-dlunga-of-marikana>. 26 October 2017
- Neitzel, D. 2022. Die größten Platinproduzenten weltweit. Technik Einkauf. www.technik-einkauf.de/rohstoffe/die-groessten-platinproduzenten-weltweit-747.html
- News24. 2017. Lonmin hits back at calls to shut down its operations. www.news24.com/Fin24/Lonmin-hits-back-at-calls-to-shut-down-its-operations-20171029-3.
- Nicolson, G., 2015. Marikana report: Key findings and recommendations. Daily Maverick. www.dailymaverick.co.za/article/2015-06-26-marikana-report-key-findings-and-recommendations/ .
- Nicolson, G., 2017. Marikana: Survivors or the massacre are still hounded and assassinated amid rumoured 'hit list'. www.dailymaverick.co.za/article/2017-10-20-marikana-survivors-of-the-massacre-are-still-hounded-and-assassinated-amid-rumoured-hit-list/. 20 October 2017.
- Phillips, J.I., Vorajee, N., Davies, J.C.A., Nelson, G., Murray, J. and Ndlovu, N., 2014. Marikana autopsies highlight occupational diseases amongst platinum mine workers. *Occupational Health Southern Africa*, 20(4), pp.6-12.
- Sibanye-Stillwater, 2020, Mineral Resources and Mineral Reserves Report, p 72. <https://reports.sibanyestillwater.com/2021/download/SSW-RR21.pdf>
- Sibanye Stillwater Integrated Report, 2021, <https://reports.sibanyestillwater.com/2021/download/SSW-IR21.pdf>
- Sibanye-Stillwater. 2022. Marikana, www.sibanyestillwater.com/business/southern-africa/pgm-operations/marikana/.
- Sibanye Stillwater, 2020, Environmental Incidents in 2020: Level 3 and higher. <https://reports.sibanyestillwater.com/2020/download/SSW-FS20-environmental-incidents.pdf>
- Sinwell, L. and Mbatha, S., 2016. *The spirit of Marikana: The rise of insurgent trade unionism in South Africa*. London: Pluto Press.
- Solomons, I., 2014. Platinum strike consequences starting to take shape. Mining Weekly. www.miningweekly.com/article/platinum-strike-consequences-starting-to-take-shape-2014-08-22
- Sonjca, N., 2021. Nine years on, yet no progress in case against those implicated in Marikana massacre: NGO. www.timeslive.co.za/news/south-africa/2021-08-16-nine-years-on-yet-no-progress-in-case-against-those-implicated-in-marikana-massacre-ngo/
- Soyapi, C. and Kotzé, L.J., 2016. Environmental justice and slow violence: Marikana and the post-apartheid South African mining industry in context. *LAW AND POLITICS IN AFRICA | ASIA | LATIN AMERICA*, pp.393-415.
- Stewart, P. 2013. Kings of the Mine: Rock Drill Operators and the 2012 Strike Wave on South African Mines. *South African Review of Sociology*, 44(3): 42-63.
- Steyn, L., 2022. Sibanye unions to intensify strike, calling on Ramaphosa to step in. News24. www.news24.com/fin24/companies/sibanye-unions-to-intensify-strike-calling-on-ramaphosa-to-step-in-20220412.

Stoddard, E. 2022, Amcu's Marikana PGM Miners demand pay hikes of up to 40\$ from Sibanye, www.dailymaverick.co.za/article/2022-05-03-exclusive-amcus-marikana-pgm-miners-demand-pay-hikes-of-up-to-40-from-sibanye/ 03. May 2022.

Stoddard, E. 2022, Mine workers have seen significant wage growth since Marikana, but social burdens undermine gains, Daily Maverick, www.dailymaverick.co.za/article/2022-07-24-mine-workers-have-seen-significant-wage-growth-since-marikana-but-social-burdens-undermine-gains/

Tatai, S., 2012, Justice has failed those who died before, during and after Marikana massacre. City Press. www.news24.com/citypress/voices/justice-has-failed-those-who-died-before-during-and-after-marikana-massacre-20210819. 19 August 2021.

https://thevault.exchange/?get_group_doc=245/1597230746-sibanye-stillwater-marikana-renewal-factsheet-aug2020.pdf

Danksagung

Die Studie wurde von Dr. Asanda-Jonas Benya von der Universität Kapstadt und Dr. Crispin Chinguno der Sol Plaatje Universität in Südafrika verfasst. Sie basiert auf der Unterstützung der Menschen, die in Marikana interviewt wurden, der Gemeindemitglieder, die ihre Häuser geöffnet haben und der Arbeiter:innen, die ihre Erfahrungen geteilt haben. Bei der Vorbereitung auf die Arbeit in Marikana und bei der Durchführung der Interviews haben Mitglieder von Sikhala Sonke wertvolle Hinweise gegeben, insbesondere Primrose Sonti und Wendy Pretorious. Songo Anele Benya hat die Recherche, Übersetzung und Transkription unterstützt.

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Tel +49 30 652110
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de